

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugpreis 1.— M. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Wo bleibt die Diktaturverordnung gegen die Kartelle?

Wir warten auf sie. Die Reichsregierung erwägt. Sie ruft den Reichswirtschaftsrat an und dieser empfiehlt. So geht es hin und her. Die Reichsregierung, die mit ihren verfassungswidrigen Verordnungen sehr scharf auftrumpfen konnte, als sich diese gegen die breiten Volksmassen richteten, versagt, wenn es sich um eine gleiche Verordnung gegen die Unternehmerkartelle handelt. Sie kann sich immer noch nicht dazu aufraffen, der verderblichen Preispolitik der Kartelle das Handwerk zu legen. Und dabei stehen in Deutschland Preise und Kaufkraft in schreiendem Gegensatz.

Die Reallöhne sind in Deutschland niedriger als in Dänemark, Schweden, England, Holland, Amerika. Trotzdem ist auf dem Weltmarkt beste englische Kohle um 5 % billiger als 1913, amerikanisches Rohöl ist um 25 % billiger als 1913, Stabeisen frei Hafen Antwerpen ist um 5 % billiger, amerikanisches Kupfer um 25 %, Chilesalpeter um 10 % billiger als 1913. Man kann beinahe sagen, daß in der ganzen Welt alles um 10 bis 50 % billiger ist als in der Vorkriegszeit. Es kommt hinzu, daß auf dem freien Weltfrachtenmarkt die Transporkosten von 127,5 im Januar 1929 auf 88,1 im Juni 1930 gesunken sind.

Bei uns in Deutschland treiben die Kartelle ein geradezu verheerendes Vernichtungsspiel gegen die Wirtschaft. Man beachte: Auf dem Weltmarkt sind die Preise ständig gesunken und heute weit niedriger als in der Vorkriegszeit. In Deutschland dagegen sind seit der Wiederbelebung der Kartelle Kohle, inländisches Eisenerz, Roheisen, Halbzeug, Walzwerkerzeugnisse, Nickel, Aluminium, künstliche Düngemittel, Benzol, Treiböl, Zellstoff, Zeitungsdrukpapier, Pappe, Mauersteine, Dachziegel, Kalk, Zement, Röhren, Fensterglas und Dachpappe bis zu Anfang des Jahres 1929 ständig im Preise gestiegen und bis zum Sommer 1930 auf der gleichen Höhe geblieben. Seitdem sind sie um ganze zwei Punkte gesunken. Benzol steht in Deutschland heute um 76 Punkte, Dachziegel stehen sogar um 88 Punkte über dem Vorkriegsniveau. Dagegen sind in Deutschland die kartellmäßig nicht gebundenen Industrieprodukte, vom Leder bis zum Leinöl und von Textilien bis zum Talg von 107 zu Ende 1928 auf 80 gesunken. Leider haben die Arbeiter heute kein Geld, sich Stiefel, Wäsche und Anzüge kaufen zu können.

Man sieht, in welcher Weise sich Deutschland auf dem Weltmarkt zu einer Steuerinsel ausgewachsen hat. Und unter solchen Umständen stellen sich unsere sogenannten Wirtschaftsführer hin, schreien über die Begehrlichkeit der Massen, schreien nach Lohnabbau, schreien nach Verlängerung der Arbeitszeit! Keinem von ihnen fällt es ein, einmal über das Problem tiefer nachzudenken. Es ist ganz klar, wenn Preis und Kaufkraft in solcher Weise auseinander klaffen, daß dann eine ungeheure Krise die unausbleibliche Folge sein muß. Und kein Kapitalist in Deutschland begreift, daß es angesichts eines solchen wirtschaftlichen Chaos zum Untergang der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt drängt! Kein Kapitalist begreift in Deutschland, daß er den Vorteil, den er dank seiner ökonomischen technischen Beweglichkeit besitzt, so auszunutzen muß, daß der Nutzen des Kapitalisten des Nutzens der Allgemeinheit wegen ertragbar erscheint! Keinem Kapitalisten dämmert auf, daß der Kapitalismus nur dann noch geduldet werden kann, wenn er durch Verbilligung der Lebenshaltung und durch reichere Ausgestaltung der Lebensmöglichkeiten immer breitere Volksschichten zu seinen Nutznießern macht!

Die letzten Sätze, die wir hier niedergelegt haben, stammen nicht von uns; sie sind die Meinung eines Verfechters der liberalen Wirtschaftsepoche, des Professors Bonn. Wir finden diese Sätze in seiner

Schrift „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“. Wir sind in dieser Richtung der gleichen Meinung wie Bonn. Wir befinden uns im Spätkapitalismus. Die heutige kapitalistische Wirtschaft ist ein Gemisch von Liberalismus, autoritärem Kapitalismus und von staatlich subventioniertem Rentenskapitalismus. Es ist klar, daß aus einem solchen Gemisch keine wahrhaft vorwärtstrebende Kraft erwachsen kann. Und wir befinden uns wieder auf der gleichen Basis mit Professor Bonn, wenn er erklärt, daß ein solcher Kapitalismus, wie er sich in Deutschland zeigt, auf die Dauer nicht lebensfähig sei. Bonn sagt: „Dieser Kapitalismus verkörpert die Rationalisierung des Stillstands, die Standardisierung der Erfolglosigkeit. Er sammelt seine ganze Kraft zur Beseitigung jenes Moments des Wirtschaftslebens, das den Fortbestand eines kapitalistischen Unternehmertums rechtfertigt, des Risikos. Das Ideal einer Schutzpolitik, die in Stabilisierungsplänen endet, ist eine stationäre Wirtschaft, die dem kapitalistischen Unternehmer eine risikolose Rente garantiert. Der Kapitalismus, der sich auf dieses Ideal zurückzieht, hat seine Daseinsberechtigung aufgegeben.“

So sagt Bonn. Auch hier sind wir seiner Meinung. Und um so mehr müssen wir bedauern, daß, nachdem

Bonn, dieser ausgezeichnete Nationalökonom, in so treffender Weise die verderbliche Wirkung der Kartelle dargelegt hat, die Reichsregierung es immer noch an einer durchgreifenden Initiative fehlen läßt, um den unhaltbaren und unheilvollen Gegensatz zwischen Preis und Kaufkraft zu beseitigen. Doch das ist kein Wunder. In der Reichsregierung sitzen Verfechter der absterbenden privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung. Um so mehr wird es unsere Pflicht sein, diese Verfechter einer verfaulenden Wirtschaftsordnung vom Staatsapparat zu entfernen. Das aber ist nur möglich, wenn das deutsche Volk sich endlich aufrafft und sein demokratisches Wahlrecht nicht nur ausübt, sondern auch richtig ausübt. Der Spätkapitalismus ist im Absterben begriffen. Wer ihn zu halten sucht, ist rückschrittlich, er klammert sich an ein überlebtes Phantom. Nur dem Sozialismus gehört die Zukunft! Deshalb wiederholen wir: Setzt bei der Reichstagswahl am 14. September diese Vertreter einer verfehlten Wirtschaftsordnung hinweg! Nur in einem sozialdemokratisch geführten und regierten Staate wird es möglich sein, eine reichere Ausgestaltung der Lebensmöglichkeiten der breiten Volksschichten zu erreichen! Deshalb wählt am 14. September sozialdemokratisch!

Produktionssystem und Lohnpolitik.

Der bekannte amerikanische Großindustrielle Henry Ford hat kürzlich in der „Vossischen Zeitung“ eine Aufzählung über sein Produktionssystem und seine Lohnpolitik erscheinen lassen. Er versteht es vortrefflich, seine wirtschaftlichen Erfolge ins rechte Licht zu setzen. Ford sagt, er sei bei allen seinen Handlungen von dem Gedanken „Dienst am Kunden“ ausgegangen. Und in interessanter Weise setzt er auseinander, daß niedrigere Löhne die Ware verfeuern. So heißt es in einem Artikel: „Früher einmal verlangten die Leute nur nach Nahrung; jetzt behaupten die Kritiker, daß unsere Prosperität schädlich ist, weil dadurch das Geistige im Menschen nicht entwickelt wird. Armut wurde damals für einen natürlichen Zustand gehalten. Jetzt betrachtet man sie als etwas Unnatürliches. Und bald werden wir Armut wie eine Krankheit behandeln.“

Das sind Gedanken, denen jeder deutsche Unternehmer, und erst recht jeder deutsche Schwerunternehmer, welfensfern entrückt ist. Wie sieht es heute mit der Entwicklung der Löhne in Deutschland und mit der Entwicklung der Löhne in Amerika aus? Im Jahre 1910 betrug in den Ford-Betrieben der durchschnittliche Stundenlohn 0,25 Dollar, 1920 betrug er bereits 0,86 Dollar und in diesem Jahre beträgt er 1,— Dollar. Also innerhalb der letzten 20 Jahre hat sich in den Ford-Werken der Durchschnittslohn vervierfacht. Stellt man dem die Entwicklung der deutschen Löhne gegenüber, so ist leichtlich festzustellen, daß der deutsche Reallohn sich seit 1910 vielleicht um ein geringes erhöht hat oder gar noch auf der gleichen Stufe beharrt.

Aber zu solchen wirtschaftlichen Anschauungen, wie sie in den Vereinigten Staaten bei den Großunternehmern Geltung haben, kann sich eben das deutsche Unternehmertum gemäß keineswegs durchringen! Immer noch klingt bei unseren „Wirtschaftsführern“ die Sehnsucht durch nach Sockhaltung des autoritären Herrschaftskapitalismus. Man träumt jenen „gefügten“ Zeiten nach, als es noch keine Gewerkschaften gab, als der Unternehmer noch Alleinherrscher im Betriebe war. Die das deutsche Unternehmertum in früheren Jahrzehnten auszeichnende Initiative ist nicht mehr vorhanden. Darauf verläßt man sich auch nicht mehr. Man sucht den Staat den Unternehmerinteressen nutzbar zu machen. Man schimpft weidlich über die sozialen Einrichtungen des Staates, allerdings nur, weil man glaubt, der Staat könnte dadurch die Interessen der Unternehmer vernachlässigen. Wir haben schon in unserem Leitartikel Bonn zitiert. Er mag auch an dieser Stelle das Wort erhalten. Bonn sagt: „Die gleichen Leute, die sich auf politischem Gebiet über die Unfähigkeit der Demokratie ereifern und in Gewerkschaften und Tarifverträgen Organisationen und Methoden

sehen, die die Leistungsfähigkeit nach unten nivellieren, haben in ihren auf Schutzzöllen aufgebauten Verbänden und in ihren Kartellen die wirtschaftliche Demokratie der Unfähigkeit vereinbart. Während sie sich gegen die politische Lohnfestsetzung durch staatlichen Gewaltspruch ereifern, erzwingen sie durch ihre politische Vertretung die politische Preisfestsetzung durch Kartelle und Schutzzölle.“

Professor Bonn sagt also dem deutschen Unternehmertum allerhand Wahrheiten. Aber unsere englischen Kapitalisten, die noch immer dem autoritären Herrschaftskapitalismus nachträumen, werden für solche Wahrheiten nur ein geringschätzendes Achselzucken übrig haben. Sie werden sagen: „Was versteht denn so ein Professor, der in seinem stillen Schreibkammerlein derlei Gedanken ausknozelt, von praktischer Wirtschaft!“ Unsere sogenannten Wirtschaftsführer werden auch nicht nach Ford fragen. Was ihnen nicht in den Kram paßt, wird von ihnen eben negiert. Einstmals waren in Deutschland Industrieführer von Namen und Rang vorhanden. Erinnerung sei nur an Walther Rathenau. Wenn man heute von hervorragenden Wirtschaftsführern spricht, so denkt man nicht an Deutschland; man denkt an Ford, an die Leiter der General-Motors, an Kreuger und an Owen Young. Wenn sich die deutsche Wirtschaft aus dem Elend der Kriegs- und Inflationszeit erfolgreich erheben konnte, so liegt dies nicht an irgendwelchen hervorragenden deutschen Wirtschaftsführern, sondern an der Summierung zahlreicher Einzelkräfte und nicht zuletzt an der Intelligenz der deutschen Hand- und Kopfarbeiter.

Doch wir haben uns mit diesem Zustand der geistigen Anzulänglichkeit der deutschen Wirtschaftsführer abzufinden. Wenn ihnen die rechte Wirtschaftseinsicht nicht kommt, so müssen die Gewerkschaften und muß die politische Vertretung der Gewerkschaften, die Sozialdemokratie, nachhelfen. Zur politischen Macht, die die Demokratie jedem einzelnen gibt, ist heute in Deutschland die wirtschaftliche Macht gekommen, die in der Organisation der Arbeiter liegt. Und diese Macht wird sich zur Geltung bringen und wird, falls der deutsche Privatkapitalismus noch auf seinen weiteren Fortbestand Wert legt, ihm die Wege weisen, die er zu gehen hat, um wenigstens in seinen letzten Phasen eine halbwegs vernünftige Wirtschaft aufzurichten. Am Ende dieser Entwicklung steht natürlich der Sozialismus. Und diesem Prinzip wird die deutsche Arbeiterschaft durch ihre politische und wirtschaftliche Macht, die in ihren Organisationen verkörpert ist, Geltung verschaffen!

Ein Mahnruf von der Saar!

Die Arbeiter an der deutschen Saar stehen auf Posten. Sie sind an einer Brücke postiert, die zur Verständigung zweier großer Kulturenationen dienen soll. Die Bevölkerung an der Saar wird, wie bekannte Kolonialvölker in Afrika oder Asien, durch ein Gremium kapitalistischer Interessenten regiert. Auch ihr rechtliches Verhältnis zum Staat ist ähnlich. Trotzdem ist die deutsche Regierung sehr besorgt um ihr Wohlergehen. Das Wohlfahrtsdezernat hat man in die Hände des deutschen Mitgliedes dieses Gremiums gelegt. Dieser Deutsche, ehemals christlicher Gewerkschaftssekretär und starrer Zentrumsmann, macht nun von allem, was unsere Vaseinsfreunde erhöhen könnte, „liebbedovollst“ Gebrauch. Kaum hat sein großer Milchbruder im Reich, Herr Brüning, etwas gegen die Arbeiterchaft ausgeheckt, so steht er schon auf der Lauer, um es im Saar- gebiet seinem Meister gleichzutun.

Es kann uns Arbeitern an der Saar wirklich nicht gleichgültig sein, wer im Deutschen Reich die Geschicke des deutschen Volkes lenkt. Wir wollen bis zu 99 % zum Mutterland zurück. Wir wollen befreit sein von der Fremdherrschaft. Nur an der deutschen Arbeiterchaft liegt es, wenn dieser Wunsch noch vor 1935 zur Tat wird.

Wir haben es in Deutschland der gewerkschaftlichen und politischen Gleichgültigkeit eines Teiles der Arbeiterchaft zu verdanken, daß dort nach den Worten des Zentrumsabgeordneten Peter Schlaack die reaktionärste Regierung seit der Revolution im Amte ist. Gestalten sich die neuen Verhältnisse nach dem 14. September wieder so, so wird unser Wunsch, wie die Saarverhandlungen gezeigt haben, nicht so schnell in Erfüllung gehen.

Die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedarf einer baldigen Ablösung. Das beweisen uns die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Wirtschaftsdoktoren aller Art versuchen heute durch Doktor-Eisenbart-Kuren den Patienten aufzutrischen. Aber dies wird schwerlich gelingen. Die Regierung Brüning und der Zerfall der bürgerlichen Parteien sind Zeugnis für den politischen und privatwirtschaftlichen Niedergang. Der Blinde fühlt mit dem Krückstock, daß hier etwas nicht mehr stimmt. Langsam aber sicher vollzieht sich die Emanzipation der Arbeiter- klasse. Ihre Vertreter hat man, nachdem sie 1918 das deutsche Volk aus dem Chaos des Unterganges gerettet, durch Lüge und Intrige aus der Regierung hinausgedrängt. Unter Verfassungsbruch wurde eine jammervolle Diktatur eingerichtet, deren Taten für alle Zeiten und vor aller Welt gerichtet sind. Durch diesen Verfassungsbruch glaubt man den Raubzug auf die Taschen der Besitzlosen besser und ungestörter ausführen zu können. Durch jesuitische Kniffe hat man den Wechselbalg einer Reform zum Leben ver- holfen.

Jedem Arbeiter müßten diese Vorgänge unbedingt die Augen öffnen. Aber an all diesen Vorgängen geht immer noch ein großer Teil der deutschen Arbeiterchaft gleichgültig und teilnahmslos vorüber, ohne zu erkennen, was dabei für sie und ihre Familien auf dem Spiele steht. Durch diese Indifferenz unterstützen diese Ahnungslosen alles, was gegen sie und ihre Familien und gegen die ganze Arbeiter- klasse von den Hyänen des Privatkapitalismus ausgeheckt wird. Gelingt es nun den politischen Rüstkäusern und ihren Erantanten, bei den Reichstagswahlen oben auf zu bleiben, so trifft dies auch die Lauen und Indifferenten, es trifft die ganze Arbeiterchaft ohne Ausnahme. Es trifft auch uns an der Saar. Dann hilft kein Toben und Schreien, kein Winzeln und Lamentieren. Dann geht man hoch- lächelnd an den Rechten und Interessen der Arbeiterchaft vorbei und zur Tagesordnung der Volksausbeutung über.

Dies kann verhütet werden. Der Tag der Abrechnung ist der 14. September. Der Kampf ist schwer. Besitz, Bürgertum, Kommunisten und Nationalsozialisten stehen in Front gegen die Arbeiterklasse und ihre Partei, die Sozial- demokratie. Nie war die Front zum Gesicht klarer. Nie war aber auch der Kampf schwerer. Darum wacht auf, ihr was Gleichgültigen einer enterbten Klasse! Scharf euch um das Banner des Sozialismus, nur er bietet die Gewähr, daß ihr freie und gleichberechtigte Staatsbürger werdet! Wer als Arbeiter in dieser lebenswichtigen Stunde nicht mit uns ist, der ist unser Gegner, ob er nun im feudalen Gesellschafts- kleid oder im Arbeiterkleid einhergeht!

Die Sozialdemokratie trägt schon seit 60 Jahren dem deutschen Volke und seiner Arbeiterchaft das soziale Banner voran. Sie hat es bis heute hoch und rein gehalten. Sie ist der einzige zuverlässige Halt, der ruhende Pol in dem Lohwabobu, das sich seit einiger Zeit deutsche Politik nennt. Wir Arbeiter im Saargebiet rufen den deutschen Brüdern und Schwestern zu: Keine Stimme der besitzbürger- lichen Mitte, auch keine Stimme den politischen Phrasen- reuigen und Kindsköpfen, weder den Nazis rechts noch den Kommu- nazis links! Wer dies dennoch tut, der begeht gewerkschafts- lichen und politischen Selbstmord. Erwacht und wählt sozialdemokratisch!

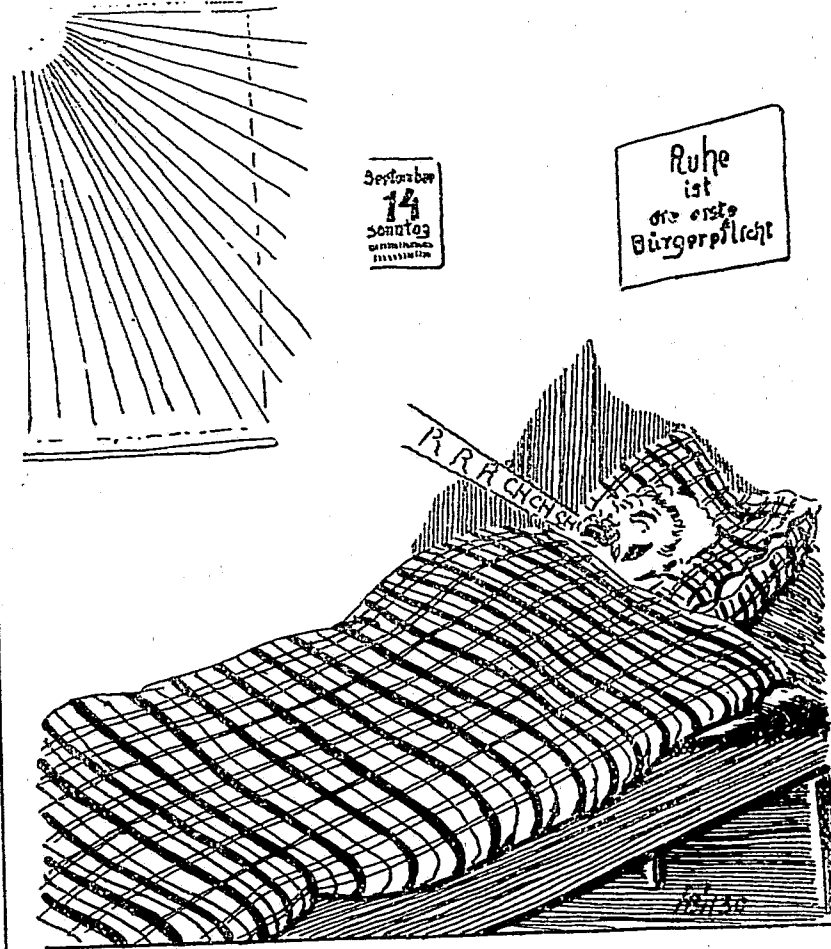
Die den Reichtum dieser Erde,
Ohne Arbeit an sich raffen —
Könnten nicht ein Rad bewegen,
Würden wir nicht für sie schaffen!
Ihre Macht besteht nicht mehr,
Wenn wir setzen uns zur Wehr!

Aug. Brethof, Saarbrücken.

Christliche Gewerkschafter im Wahlkampf.

Im völlig geeinten Kampf aller Parteien und Richtungen gegen die Sozialdemokratie darf natürlich auch die christliche Gewerkschaftspresse nicht fehlen. Man könnte Verständnis dafür haben, wenn sie versucht, die Stimmen ihrer Mitglieder der Partei zuzuwenden, die nach ihrer Meinung ihre Interessen im Reichstage vertritt und in deren Auftrag sie handelt. Das ist die Zentrumspar- tei. Die Sache der Christen muß aber sehr schlecht stehen. Diesen Eindruck gewinnt man, wenn man einen Blick in die chris- tliche Gewerkschaftspresse wirft, etwa in den „Deutschen“, der mit stark reaktionärer, manchmal sogar mit antisemitischer Färbung in den Wahlkampf eingreift. Auch die christliche „Baugewerkschaft“ widmet in ihrer Nr. 35 eine ganze Seite dem Kampf gegen die Sozialdemokratie. Sie redet dabei von einem Kampf der Sozialdemokraten — man lese und staune! — gegen die Sozialpolitik. Sie spricht von Wahl- versprechungen, die nicht gehalten worden sind, wobei natür- lich wohlweislich verschwiegen wird, daß es zum Teil gerade dem Zentrum zu danken ist, wenn Kinderpeinigung abge- lehnt wurde und Panzerkreuzer gebaut worden sind. Denn die sozialdemokratische Fraktion hat den Panzerkreuzer ab-

gelehnt, aber die Zentrumsfraktion dafür gestimmt. Das ist eine allbekannte Tatsache, so daß man staunen muß, wenn die christliche Gewerkschaftspresse solcherart versucht, die Sünden des Zentrums als Sünden der Sozialdemokratie zu deklarieren. Man braucht ja nur auf die neueste Not- verordnung der Regierung des Herrn Dr. Stegerwald hinzu- weisen, der den Medizinern mit 25 bis 50 % besteuert wissen will, und der auch die vom Arzt verordnete Medizin dem Kranken erst zukommen läßt, wenn er das Geld dafür etwa zur Hälfte bar auf den Apothekertisch legt. Aber man ist darin vorsichtig. Man lobt das Werk Brauns, des lang- jährigen Reichsarbeitsministers, dessen Verdienste in den Himmel gehoben werden, um dann die Aera Wisell als we- niger ertragreich hinzustellen. Ja, wie steht es denn heute mit der Aera Brüning-Stegerwald im Zeichen der Not- verordnungen? Und wo bleibt Stegerwald mit der von allen Bauarbeitern stürmisch und mit Recht verlangten Krisenunterstützung? Die „Baugewerkschaft“ muß ja außer- dem selbst zugeben, daß niemals, in keinem Jahre vorher, der Druck der sozialen Reaktion vor allem von außen so stark gewesen ist, wie unter dem Kabinett Müller und dem Reichsarbeitsminister Wisell. Das ist sehr richtig und zum Teil auf die außerordentlich schlechte Wirtschaftslage zurück- zuführen, die naturgemäß die Position der Arbeiterorganisa- tionen schwächt, während der Reaktion in solchen Situationen der Kamm schwillt. Und wenn man nun noch



Wenn du am Wahltage schläfst, anstatt von deinem Wahlrecht Gebrauch zu machen und deine Pflicht gegenüber deinen Klassen- genossen zu tun, so —

hinzufügt, daß der Druck der sozialen Reaktion deshalb so stark werden konnte, weil ausgerechnet die Fraktion des Zentrums immer wieder nachgegeben hat (siehe Sonder- fürsorge bei berufstätlicher Arbeitslosigkeit, Antrag Riefener-Teusch usw.), dann hat man in der Tat die wirkliche Lage und die Schuld des Zentrums voll erkannt!

Immer wieder aufgewärmte Schiefheiten und direkte Unwahrheiten werden durch noch so oft wiederholte Aufzähle in der Presse nicht zur Wahrheit. Die wirkliche sozial- reaktionären Verordnungen dieser Regierung, unter Gegen- zeichnung des aus christlichen Gewerkschaftskreisen hervor- gegangenen Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald, werden in der christlichen „Baugewerkschaft“ mit dem realpolitischen Satz entschuldigt, Koalitionsminister würden immer in ihren Handlungen durch die Koalitionspartner eingeeignet. Die christliche Arbeiterbewegung könne deshalb nie für jede einzelne Handlung eines aus ihrer Mitte hervorgegangenen Ministers verantwortlich gemacht werden. Wir wollen das gelten lassen. Aber der gleiche Grundsatz müßte dann auch für sozialdemokratische Minister gelten, die stets in allen Kabinetten in der Minderheit gewesen sind! Und zwar weit mehr als für Zentrumsminister, die durch ihre Be- jahung der ungerechten privatkapitalistischen Wirtschaft in allen Kabinetten wirtschaftlich mit den privatkapitalistisch eingestellten Parteien verbunden sind und weit eher etwas durchdrücken könnten! Aber um den muffigen Kohl noch schmackhafter zu machen, spricht man dann in der christlichen Gewerkschaftspresse von der „sozialistischen“ Regierung Müller, obwohl die Sozialdemokratie im Reichskabinett wie auch früher in der Minderheit war. Was würde die christliche „Baugewerkschaft“ sagen, wenn man die jetzige Regierung, in der so ausgesprochen rechts gerichtete und gewerkschaftsfeindliche Männer wie Treutmann und Schiele sitzen, die aber geführt wird von einem Zentrumsmann, als eine Zentrumsregierung bezeichnen würde!

In einem besonderen Aufsatz versucht die „Baugewerk- schaft“ nachzuweisen, daß die Partei, für die sich die freien Gewerkschaften im Wahlkampf einsetzen, keine Arbeiter- partei mehr sei. Denn man höre und staune: Es gibt sogar sozialdemokratische Studenten! Es soll in Berlin 500 sozial- demokratische Studenten geben und in Heidelberg soll sogar die Tochter des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Schacht Mitglied der sozialdemokratischen Studentengruppe und, inzwischen verehelicht, mit einem Sozialdemokraten ver- heiratet sein. So etwas soll „Beweis“ dafür sein, daß die Sozialdemokratie keine Arbeiterpartei ist. Was lachen sogar die Hühner! Für solche Maßchen dürfte selbst der dümmste christliche Gewerkschafter nur noch ein Lächeln übrig haben. Da fehlt nur noch ein kleiner Schritt bei der christlichen Gewerkschaftspresse und sie ist dort angelangt, wo die Kommunisten stehen, die ihr Publikum noch dümmere einflößen und Gewerkschaftssekretäre, aus Bauarbeiter-, Buchdrucker- und anderen Arbeiterkreisen hervorgegangene Staats- oder Kommunalbeamten als „Bourgeois“ bezeich- nen und deshalb der Sozialdemokratie den Charakter einer Arbeiterpartei absprechen. Ja, liebe „Baugewerk- schaft“, da wäre es doch verflucht leicht (dieses unchristliche „verflucht“ sei gestattet, da du im 2. Absatz deines Artikels „Ein böser christlicher Arbeiterführer“ ebenfalls fluchst),

wenn wir einmal das Personenverzeichnis der Reichstags- fraktion des Zentrums vornehmen würden; dann würden wir nicht nur finden, daß die meisten vom Zentrum auf den Schild gehobenen Leute dem Besitzbürgertum ent- stammen, niemals proletarisch gelebt haben, nichts von der Arbeitswelt des Proletariats kennen; wir würden auch finden, daß sogar Großindustrielle und Großagrarien, die keineswegs geplagt sind von allzu starker sozialer Einsicht, nicht nur in der Zentrumspar- tei sind, sondern daß sie auch in der Zentrumsfraktion Platz haben! Man muß tatsächlich fragen: Ist ein solches Gebaren von sogenannten Arbeiterblättern, die sich obendrein „christlich“ nennen, noch ehrlich und christlich? Entspricht es den Geboten Gottes, falsch Zeugnis zu reden und heuchlerisch dem Unrecht und Reichtum die Steigbügel zu halten, jedoch die Interessen der Armen mit allerhand Schaumschlägerei zu verraten?

Unser Jahrbuch 1929.

Der Deutsche Baugewerksbund arbeitet auf zwei großen Aufgabengebieten. Er verbessert die Lebenshaltung der Bauarbeiter innerhalb der bestehenden Wirtschafts- ordnung und ist — mit der gesamten modernen Arbeiter- bewegung — um die sozialistische Neuordnung von Wirt- schaft und Gesellschaft bemüht. Eine Organisation, die verantwortungsbewußt an für Volk und Wirtschaft so bedeutungsvollen Aufgaben wirkt, ist verpflichtet, über ihre Arbeit und über ihren Organisationsstand zu berichten. Diesem Zweck dienen vor allem unsere Jahrbücher. Leicht- verständlich geschrieben und im Inhalt übersichtlich ange- ordnet, sind sie allmählich zu wahren Nachschlagewerken ausgebaut worden. Auch das Jahrbuch 1929 ist für unsere Funktionäre eine unentbehrliche Informationsquelle und ein Wegweiser für ihre Organisationsarbeit. Gleichzeitig verkörpert es — wie seine Vorgänger — ein Stück Ge- schichte der Bauarbeiterbewegung, die von jedem gelesen werden sollte, der sich über die sozialen Bewegungen und die wirtschaftlichen Verhältnisse im Baugewerbe unter- richten will.

Die Reihenfolge der einzelnen Abschnitte des Jahr- buches 1929 ist dieselbe wie in den früheren Jahrbüchern, doch fehlen die Abschnitte „Notstandsarbeiten“, „Pflasterer und Steinarbeiter“ und „Ausbau des Bundes“. Ueber die Notstandsarbeiten hat der Bund im Jahre 1929 keine Er- hebung durchgeführt. Der über die Steinarbeiter berichtende Abschnitt mußte wegfallen, weil diese Mitglieder an den Steinarbeiterverband abgegeben wurden, desgleichen wurde das Kapitel „Ausbau des Bundes“ nicht mehr ein- gefügt, da im Berichtsjahre keine Organisationen dem Deutschen Baugewerksbunde beigetreten sind.

Im einleitenden Aufsatz berichtet Fritz Naphthali, der schon an den früheren Jahrbüchern mitgearbeitet hat, über das Wirtschaftsjahr 1929. Er zeigt die besonderen Störungsurachen, die im Berichtsjahr zum offenen Aus- bruch der — im Kapitalismus verankert stets vorhandenen — Wirtschaftskrise führten. Nach einer allgemeinen Uebersicht werden die markantesten Erscheinungen im Wirtschaftslieben aufgezeigt und ein kurzer Ausblick auf die weitere Entwicklungsmöglichkeit der deutschen Wirt- schaft gegeben.

Der zweite Abschnitt behandelt ausführlich die Bau- tätigkeit im Jahre 1929. Außer der Besprechung des Umfangs der Bautätigkeit wird eingehend, gestützt auf Zahlenübersichten, über die Art der Bauauftraggeber, die Finanzierung des Wohnungsbaues, die Wirkungen der Umfildungsaktion der Städte auf den Wohnungsbau und die Vorschläge der Gewerkschaften zu diesen Maßnahmen, über die Baupreise und über die Entwicklung der Mieten berichtet. Anschließend werden die Geschäfts- ergebnisse der großen Bauaktiengesellschaften besprochen. Trotz der schwächeren Bautätigkeit sind im Berichtsjahr die Geschäftsabchlüsse nicht ungünstiger gewesen als im Jahre 1928. Nichtsdestoweniger sind von den gleichen Unternehmern die bescheidenen Lohnforderungen der Bau- arbeiter als eine Gefahr für den Bestand der Betriebe bezeichnet und aufs schärfste bekämpft worden.

Das folgende Kapitel berichtet mit Hilfe von Zahlen- übersichten und einer Schautafel über die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder und über die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter. Die Zusammenstellungen wurden nach Monaten, Bezirksverbänden und Berufsgruppen gegliedert und ermöglichen so einen Vergleich. Neu beigefügt sind dem Abschnitt eine Zahlentafel über die Mitglieder, die am 1. Dezember 1929 nicht die Anwartschaft für die Arbeitslosenversicherung erfüllt hatten, sowie ferner eine Zahlentafel über die Mitglieder, die vom 1. Januar bis zum 1. Dezember 1929 keine 26 Wochen beschäftigt ge- wesen waren. Die Angaben beweisen, wie berechtigt die Forderung unseres Bundes ist, die Bauarbeiter in die Krisenfürsorge aufzunehmen.

Auf den folgenden Blättern ist zu der sozialpolitischen und zu der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung im Berichtsjahr Stellung genommen worden. Hierbei wurden eingehend die Kämpfe um die Neuordnung der Arbeitslosenversiche- rung und ihr gesetzgeberisches Ergebnis behandelt. Nach gründlicher, kritischer Besprechung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung bei den Streitigkeiten aus unseren Tarif- verträgen — unter besonderer Berücksichtigung der Bau- delegierten und der Lehrlinge — wird über den Bau- arbeiterchutz berichtet. Dieser Abschnitt ist sehr inhalts- reich. Er berichtet über wichtige Fortschritte in der Arbeiterschutzgesetzgebung, bespricht die Tätigkeit der Bau- kontrollreue und der Bauarbeiterchutzkommissionen und bringt eine mit Zahlentafeln anschaulich gemachte Ueber- sicht über die Unfälle im Baugewerbe, deren Zahl leider gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat.

Ueber die Werbearbeit, das Baudelegierten- und das Bildungswesen wird ebenfalls viel Wissenswertes ge- bracht. Für die Schulungsarbeit war das Jahr 1929 durch die Inbetriebnahme des Heims am Werlsee besonders be- deutungsvoll. Die dort geleistete Bildungsarbeit, die Werbe- und Aufklärungsarbeit und ihre Schwierigkeiten im Baujahr 1929, das Wirken unserer Bundeschriften und der Ausbau des Lichtbild- und Filmwesens im Bund werden eingehend behandelt. Die Lektüre dieses Ab- schnittes ist deshalb insbesondere unseren werdenden Mit- gliedern sehr empfohlen. Der Bericht über die Mitglieder- bewegung läßt die Erfolge der Werbearbeit erkennen. Die Mitgliederzahl ist trotz der schlechten Baumarktlage im Jahresdurchschnitt von 458 048 auf 489 885 gestiegen, der Anteil der unorganisierten Bauarbeiter von der Gesamt-

zahl der nach unserer Julistatistik im Baugewerbe Beschäftigten von 23,6 % (1928) auf 21,8 % zurückgegangen. Wie das Kapitel „Jugendbewegung“ ausweist, hat die Jugendarbeit des Bundes ähnliche erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der organisierten Lehrlinge und jugendlichen Hilfsarbeiter hat sich gegenüber dem Jahre 1928 von 33 136 auf 39 087 erhöht.

Anschließend berichtet das Jahrbuch über die gegnerischen Bauarbeiterorganisationen und über die Organisation der Unternehmer im Baugewerbe. Der Stand des christlichen Bauarbeiterverbandes ist nach seinen eigenen Veröffentlichungen dargestellt und seine Tätigkeit im Jahre 1929 sowie die der übrigen kleineren Organisationspflicht eingehend beleuchtet worden. Ueber die Entwicklung der baugewerblichen Unternehmerorganisationen waren bis zur Fertigstellung des Jahrbuches keine einwandfreien Angaben zu bekommen. Unser Bericht behandelt deshalb nur die Tätigkeit dieser Organisationen im Berichtsjahr.

Im Kapitel „Lohnbewegungen und Tarifverträge“ wird über die Ergebnisse der Verhandlungen zum Neuabschluss des Reichstarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten sowie der diesen Vertrag ergänzenden Bezirksstarifverträge und über die sonstigen Lohnbewegungen berichtet. Der RTW weist gegenüber seinem Vorgänger vor allem in den Lehrlings- und in den Ferienbestimmungen Verbesserungen auf. Die entsprechend dem RTW abgeschlossenen Bezirksstarifverträge regeln für 439 000, gleich 90 % unserer Mitglieder die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Für die Fachgruppen des Bundes wurden im Berichtsjahr 39 Tarifverträge erneuert oder gänzlich neu abgeschlossen. Insgesamt waren an den Bewegungen 674 121 Personen beteiligt. Für 655 254 Personen sind die Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen, also ohne Lohnverluste durchgeführt worden. Das Ergebnis war eine Lohnsteigerung um wöchentlich 1 616 550 M. Diese ohne Verluste errungene Kaufkraftsteigerung beweist die gewerkschaftliche Macht des Deutschen Baugewerksbundes. Die sich an diesen Bericht anschließende Ferienübersicht läßt unter anderem die günstigen Auswirkungen der verbesserten Ferienbestimmungen des RTW erkennen. — Auf den folgenden Blättern wird anschaulich über die Bauarbeiterlöhne in der Statistik, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen und über das Organisationsverhältnis der im Baugewerbe Beschäftigten nach den Ergebnissen unserer Julistatistik berichtet. Der letztere Abschnitt enthält besonders für die in der Werbearbeit tätigen Kollegen wichtige Angaben.

Die Reichsfachgruppen unseres Bundes berichten über ihre Tätigkeit in besonderen Abschnitten. Diese Berichte enthalten auch im Jahrbuch 1929 alle Angaben über die im Berichtsjahr in diesen Berufsgruppen geleistete Werbe- und Aufklärungsarbeit und über die zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geführten Kämpfe. Der nächste Abschnitt unterrichtet über den Stand der Sozialisierung im Baugewerbe. — Die Bauhüttenbewegung hat sich im Berichtsjahr trotz der schwachen Bautätigkeit noch günstiger entwickelt als im Rekordjahr 1928. Anschließend berichtet das Jahrbuch in gedrängter Form über den Stand der Bauarbeiterinternationalen. Die folgenden Seiten enthalten den Verwaltungsbericht unseres Bundes. In diesem ausführlich gehaltenen und mehrfach untergliederten Abschnitt gibt die Hauptverwaltung Rechenschaft über ihre Tätigkeit, über die Entwicklung des Kaswesen und über die Leistungen des Bundes auf dem Gebiet der Rechtschutzfähigkeit und des Unterstützungswesens. Erfreulich ist die verhältnismäßig günstige Entwicklung der Bundesfinanzen. Die Reineinnahmen sind trotz der schlechten Arbeitsmarktlage im Jahre 1929 um 702 923 M, oder um 2,6 % höher als im Jahre 1928. Allerdings sind durch die große Arbeitslosigkeit im Berichtsjahr starke Anforderungen an die Finanzkraft des Bundes gestellt worden. Allein an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sind 11 237 535 M ausgegeben worden. Das sind 2,9 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Die Umsiedlung des Bundesvorstandes von Hamburg nach Berlin hat außer anderen Vorteilen auch eine bessere Organisation der Hauptverwaltungsarbeit ermöglicht.

Zu einem besonderen Abschnitt zusammengefaßt sind auch diesmal die Jahresberichte unserer 18 Bezirksverbände. Diese Berichte sind ein kleines Geschichtsbuch für sich. Was das Jahr über in den einzelnen Bezirksverbänden an gewerkschaftlicher Arbeit vollbracht wird und von den ehrenamtlichen und angestellten Funktionären trotz aller Widerstände immer wieder von neuem geleistet wird, verdient erwähnt zu werden. Hier sehen Menschen ihr Bestes ein, nämlich sich selbst. Wer die über diese Tätigkeit kurzen und sachlichen Berichte liest, wird etwas verspüren von der Größe der Gewerkschaftsarbeit und der Macht des Deutschen Baugewerksbundes, die von Jahr zu Jahr nachhaltiger und bestimmender, über die reine Lohnpolitik hinaus, regulierend ins Wirtschaftsleben eingreift. Die sozialpolitische Tätigkeit der Bezirksleitungen wurde im Berichtsjahr durch die Änderungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes stark erweitert. Die neue Umschreibung des Begriffs „Arbeitslosigkeit“ und die Bestimmungen über die „Pendelarbeiter“ wirkten sich vor allem für die auf dem Land wohnenden Bauarbeiter ungünstig aus. In einigen Bezirken wohnen über 70 % der Mitglieder auf dem flachen Land. Der schwierige und langdauernde Kampf um eine erträgliche Auslegung und Anwendung dieser Bestimmungen belastete die Bezirksleitungen und ihre Funktionäre um so mehr, als sie hierbei vielfach nicht einmal von den anderen Gewerkschaften unterstützt wurden.

Den Schluß des Jahrbuches bilden ein aus umfangreichem Zahlenmaterial zusammengestelltes Anlagenwerk, in dem zahlenmäßig über den gesamten Bund und seine Leistungen berichtet und der Text von zwei Gegenseitigkeitsverträgen mitgeteilt wird. In der einen Vereinbarung regeln der Deutsche Baugewerksbund und der französische Bauarbeiterverband die gewerkschaftliche Mitgliedschaft der bei den Reparationsarbeiten beschäftigten deutschen Bundesmitglieder; die zweite Vereinbarung enthält die mit dem Fabrikarbeiterverband vereinbarten Richtlinien für eine Mitwirkung des Baugewerksbundes bei Tarifabschlüssen, an denen Bauhandwerker beteiligt sind.

So reißt sich das Jahrbuch 1929 in Inhalt und Ausstattung würdig seinen 22 Vorgängern an. Wir wünschen ihm eine gute Aufnahme bei jedem Funktionär. Möge es als das Nachschlagewerk gewertet werden, das jedem ernst für unseren Bund tätigen Kollegen stets zur Hand sein muß.

Die gewerkschaftliche Lohntheorie.

Die Offensive auf die von den Gewerkschaften verfeindeten Löhne wird verknüpft mit Angriffen auf die von den Gewerkschaften vertretene Lohntheorie, damit der Machtkampf auch mit geistigen Waffen gestärkt werde.

Die Widerlegung der gewerkschaftlichen Lohntheorie pflegen sich ihre Kritiker allzu leicht zu machen. Sie unterstellen dieser etwas, was sie nicht bejagt, nicht bejagen will, was höchstens als schlecht verstandenes Schlagwort verbreitet ist. Die Behauptung, die der Gewerkschaftstheorie irrtümlich zugemutet wird: Lohnerhöhung bedeutet Kaufkraftschöpfung — Lohnsenkung Kaufkraftvernichtung, ist freilich unrichtig. Lohnerhöhung bringt den Arbeitern Kaufkraftzuwachs, den Unternehmern Kaufkraftverminderung, und umgekehrt bedeutet Lohnsenkung Kaufkraftschwund bei den Arbeitern, Kaufkraftzunahme bei den Unternehmern. Lohnsteigerung und Lohnsenkung führen allein Veränderungen in der Ausübung von Kaufkraft herbei, Verlagerung der Kaufkraft von der einen Stelle zur anderen. Indessen redet die gewerkschaftliche Lohntheorie nicht von Kaufkraft überhaupt, sondern von Massenkaufkraft. Da der größte Teil der Bevölkerung Lohn- und Gehaltsempfänger ist, hängt die Ausübung der Massenkaufkraft vornehmlich von der Lohn- und Gehaltshöhe ab.

Die Gewerkschaften sind nun der Meinung, daß es innerhalb des von der Arbeitsproduktion begrenzten Spiel-



wunderne und befrage dich nicht, wenn du, deiner Menschenrechte beraubt, bis in die späte Nacht schlafen mußt.

raums richtige Wirtschaftspolitik ist, die Kaufkraft der Massen zu erhöhen. Davon erwarten sie: Erhöhte Arbeitsfreude und Arbeitsproduktivität, Verringerung des Luxuskonsums der Unternehmer, niedrigere Generalunkosten bei Massenprodukten (dank besserer Ausnutzung der Produktionsanlagen), Förderung der Kapitalbildung „von unten“, die gegenwärtig besonders wichtig erscheint, Verhinderung von Fehlansagen, außerdem einen Druck auf die Unternehmer, damit sie die Produktionskosten durch vermehrte Anstrengungen zu senken versuchen.

Zunächst ist also erforderlich, die gewerkschaftliche Lohntheorie richtig darzustellen; zu zeigen, was sie behauptet und was sie nicht behaupten will. Wegen diese richtiggestellte Kaufkrafttheorie, die die Bedeutung der Massenkaufkraft für die Entwicklung der Produktivkräfte in den Vordergrund stellt, werden folgende Einwände erhoben: Die Hauptquelle der Kapitalbildung ist in der kapitalistischen Wirtschaft der Unternehmergewinn; dieser muß auch auf Kosten der Löhne gesteigert werden, wenn der Produktionsapparat ausgebaut, die Produktion durch immer ausgedehntere Produktionswege vervollkommen und die Arbeitssuchenden mit den Produktionsmitteln, die zu ihrer Einstellung erforderlich sind, ausgestattet werden sollen. Die zusätzliche Kapitalbildung auf Kosten der Löhne soll auch deshalb erforderlich sein, da hohe Löhne die Nachfrage nach Konsumgütern, hohe Gewinne die Nachfrage nach Produktionsmitteln anregen. Steigt die Nachfrage nach Konsumgütern, so wird der Arbeitsmarkt nicht dauernd entlastet, da mit der Herstellung und dem Verkauf von Konsumgütern die Wirkung auf dem Arbeitsmarkt beendet ist, während die neu hergestellten Produktionsmittel von ihren Käufern in Betrieb gesetzt werden und zu ihrer Bedienung dauernd Arbeitskräfte bedürfen. Dann will man noch die Gewerkschaften beruhigen, daß eine solche Bevorzugung der Herstellung von Produktionsmitteln nicht allein die bessere Versorgung der Zukunft und die Entlastung des Arbeitsmarktes herbeiführe, sondern auch nicht für den Konsum der Arbeiterschaft nachteilig sei. Bedeutet doch die Herstellung von Produktionsmitteln vermehrte Einstellung von Arbeitskräften, die nämlich Löhne und Gehälter beziehen, wovon sie Konsumartikel kaufen. Mit diesen Argumenten versucht man die Unrichtigkeit der gewerkschaftlichen Kaufkrafttheorie zu beweisen.

Diese Kritik kann zunächst nicht widerlegen, daß ein Großteil der Unternehmergewinne nicht zur Kapitalbildung, sondern zu einem unerwünschten Luxuskonsum der Unternehmer und im Rahmen der Monopolwirtschaft zu unverantwortlichen Fehlinvestitionen verwendet wird. Der Hinweis auf die konsumfördernde Wirkung der Herstellung von Produktionsanlagen aus einer Kapitalzulassung, die auf Kosten der Löhne geht, ist nicht stichhaltig. Mit derselben Logik könnten wir den Satz umkehren und behaupten, daß durch vermehrten Verbrauch auf Grund hoher Löhne die Bestellungen der Konsummittelindustrien für Produktionsmittel — Kohle, Rohstoffe, Maschinen — gesteigert werden. Es kann sogar die Herstellung von Produktionsmitteln von der Konsumseite aus noch wirkungsvoller angeregt werden, als umgekehrt der Konsum durch vermehrte Herstellung von Produktionsmitteln.

Diese Betrachtung will nicht das Wesentliche sehen. Die entscheidenden Fragen sind dagegen: Ist der Produktionsapparat bereits ausgebaut, so daß es allein auf seine Er-

weiterung und Vervollkommnung im Rahmen der normalen Kapitalbildung ankommt? Kann die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Anlagen bei durchschnittlicher Konjunktur nicht ausgenützt werden? Ist die Produktion konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt? Falls diese Voraussetzungen vorliegen, so kann, ja muß man Löhne und Gehälter ohne Bedenken erhöhen. Sind sie nicht vorhanden, so braucht man auch dann noch nicht unbedingt zur Lohnsenkung seine Zuflucht nehmen. Auch dann gibt es noch verschiedene Mittel, um die Produktionsausstattung zu verbessern und die Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Diskont- und kreditpolitische Mittel, Kapitaleinfuhr, handels- und zollpolitische Erleichterungen vermögen über die Schwierigkeiten der Kapitalbildung hinwegzuhelfen, ohne daß die Nachteile der Lohnsenkungen in Kauf genommen werden müssen. Somit müßte Lohnsenkung selbst in diesem äußersten Fall volkswirtschaftlich nicht unbedingt erforderlich sein. Insbesondere nicht bei sinkenden Preisen der eingeführten Rohstoffe, was die Produktionskosten verbilligt und angesichts des durch die Rationalisierung stark gefallenem Anteil der Löhne und der Gehälter an den gesamten Produktionskosten. Indessen ist in Deutschland der Produktionsapparat weitgehend ausgebaut, ja die Leistungsfähigkeit der Anlagen konnte in vielen Produktionszweigen selbst bei guter Konjunktur nicht ausgenützt werden. Die Konkurrenzfähigkeit der Ausfuhrindustrien auf dem Weltmarkt ist unerschütterlich. Die volkswirtschaftlichen Vorteile einer ausreichenden Massenkaufkraft könnten sich dabei in Deutschland voll auswirken.

Nun werden manche, die diesem Gedankengang grundsätzlich zustimmen, sagen, jene Theorie mag im allgemeinen richtig sein, darf jedoch in Zeiten eines konjunkturellen Tiefstandes oder gar einer Wirtschaftskrise nicht angewendet werden. Um die Krise zu überwinden, bedarf es der Senkung der Preise. Da die Löhne wichtige Kostenelemente der Produktion sind, müssen diese gesenkt werden, wenn die Preise gesenkt werden sollen. Freilich können die Anhänger dieser Auffassung nicht garantieren, daß Lohnsenkung wirklich zur erwünschten Preisenkung führen wird. Die Kartellwirtschaft ermöglicht es, daß eine ausgiebige Preisenkung trotz Lohnsenkung unerföhrlich bleibt. Wie weit soll die Lohnsenkung gehen? Die einen glauben daß die Lohnsenkung geringer zu sein braucht, als die erwartete oder erhoffte Preisenkung, d. h. da die Reallohne trotz Lohnsenkung steigen könnten. Diese Annahme wird aber, auch abgesehen von der Monopolwirtschaft und der schwer beweglichen Aufschläge des Kleinhandels, täuschen. Der Reallohn kann nur steigen, wenn die mannigfaltigen Bedarfsartikel und Dienste, die der Arbeiter für seinen Lebensunterhalt nötig hat, in größerem Umfang verbilligt werden, als es der Lohnsenkung entspricht. Selbst wenn bestimmte Preise sinken, besteht keine Gewähr dafür, daß gerade die Preise für Waren und Dienstleistungen, die in den Arbeiterfamilien bedeutungsvoll sind, in diesem Umfang sinken werden, zumal Zölle, Verbrauchsteuern, Erhöhung der Mieten, der Verkehrsausgaben, der Werkstarife die Lebenshaltung verteuern. So würde Lohnsenkung in Wirklichkeit Senkung des Reallohnes bedeuten. Gerade das wird von dem größten Teil der Kreise, die die Lohnsenkung herbeiwünschen, beabsichtigt. Sanken nämlich die Preise und Löhne gleichzeitig, so wäre der Unternehmer als solcher nicht besser gestellt, sein Gewinn würde sich nicht ändern. Damit seine Gewinne sich erhöhen, braucht er für den Fall, daß die Preise sinken, ein noch größeres Absinken der Löhne. Für den einzelnen Unternehmer wäre das zweifellos vorteilhaft, jedoch nicht für die Volkswirtschaft. Die Depression bedeutet eine Abfahrtskurve. Das Mißverhältnis zwischen Leistungsfähigkeit und Nachfrage innerhalb der einzelnen Produktionszweige und das Mißverhältnis zwischen Produktionskraft und Massenkaufkraft ist bezeichnend für den Konjunkturtiefstand. Dieser kann nicht überwunden werden, wenn die Massenkaufkraft vermindert wird. Ueberzeugend sagt Professor Lederer in seiner grundlegenden Arbeit über „Konjunktur und Krisen“ (Grundriß der Sozialökonomik), daß im Mechanismus der kapitalistischen Industrie Lohndruck vom Standpunkt der Unternehmer gerade dann begründet ist, wenn er volkswirtschaftlich verhängnisvolle Wirkungen haben muß. Man begreift wohl, daß die Unternehmer ihren Interessen nachgehen und mit allem Nachdruck Lohnsenkungen durchsetzen möchten. Die staatlichen Schlichtungsinstanzen müßten sich jedoch von anderen Gesichtspunkten leiten lassen. Sie wären berufen, im Rahmen des volkswirtschaftlich Zulässigen, die Sicherung einer angemessenen und sich verbessernden Lebenshaltung der Arbeiter zu gewährleisten. Lohnsenkung gefährdet sowohl die Lebenshaltung der Arbeiter, wie sie dem volkswirtschaftlichen Interesse zuwiderläuft. Deshalb dürften sich die Schlichtungsinstanzen, wenn sie nicht Werkzeuge der wirtschaftspolitischen Reaktion sein wollen, nicht zur Unterstützung der Lohnoffensive der Unternehmer hergeben.

Persönlichkeit und Gemeinschaft.

Wahre Persönlichkeit wächst immer aus der Gemeinschaft heraus, ist Funktion in einem organischen Ganzen. Nicht der einzelne ist Ende und Ziel sondern das Ganze. Das Wort vom sozialistischen Menschen ist uns allen bekannt. Persönlichkeiten haben erst die Massen zum Handeln aufgerufen und ihr Handeln in die richtige Bahn gelenkt. Sozialistische Menschen tragen in Arbeit und Kampf von Mensch zu Mensch die sozialistische Idee weiter, Menschen der sozialistischen Lebensgestaltung. Es geht nicht allein um die Verkündigung eines neuen Programms, sondern um das lebendige Zeugnis seiner Verwirklichung durch die Einzeltat. „Nicht sozialistische Verhältnisse schaffen den sozialistischen Menschen, sondern sozialistische Menschen schaffen sozialistische Verhältnisse.“ (Hendrik de Man.) Das Charakteristische in der Persönlichkeitsidee des Sozialismus liegt darin, daß der sozialistische Mensch von der Wahrheit seiner Sache überzeugt ist, sie verkünden kann und ihre Kraft lebendig bezeugt. Es nützt nichts, daß man von der Solidarität der Arbeiter spricht und tatsächlich nur versucht, sein Schäfchen ins Trockene zu bringen. Der ethische Sozialismus fordert auch das Opfer. Der sozialistische Mensch handelt nicht für sich, sondern für den Sozialismus, das heißt für die Gemeinschaft; auch er ist an das Ganze gebunden. Die sozialistische Gesellschaft ist erst möglich nach dem grundsätzlichen Sieg des proletarischen Klassenkampfes. Die sozialistische Gesellschaft ist ein Zukunftsbild, das indessen nicht nur ein ferner Traum ist, sondern sich jetzt schon verwirklicht in kleinem Ausmaße. Die sozialistische Gesellschaft ist ausbeutungsfrei und gerecht. Deppé.



Aus dem Arbeitsrecht

Mit der Standesehre der Arbeiter ist es nicht verträglich, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten. — Die Ablehnung des Zusammenarbeitens mit Streikbrechern, kurz nach einem Arbeitskamps, verstößt nicht gegen die guten Sitten. — Die Vorschriften der Reichsverfassung sind lediglich programmatischer Natur und keine Schutzgesetze im Sinne von § 823 BGB.

Nach einem Streik traten bei einem Unternehmer drei Mitglieder unseres Bundes in Arbeit. Als sie erfuhren, daß im Betriebe zwei Streikbrecher beschäftigt sind, forderten sie ihre Entlassung mit der Begründung, im Betrieb sei etwas nicht in Ordnung. Hierauf wurden aber nicht sie, sondern die beiden Streikbrecher entlassen. Einige Zeit später wurden jedoch die beiden Streikbrecher wieder eingestellt, worauf unsere Kollegen ihre Entlassung nahmen. — Die Streikbrecher klagen inzwischen gegen die ausgeschiedenen Kollegen als Gesamtschuldner wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung beim Arbeitsgericht Augsburg auf Erlass des ihnen entgangenen Arbeitsverdienstes. Das Arbeitsgericht wies die Klage ab. Das Landesarbeitsgericht Augsburg wies die Berufung ebenfalls zurück. Am 21. Mai 1930 bestätigte aber das Reichsarbeitsgericht das Urteil mit folgender Begründung: Aktenzeichen RWG. 18/1930.

Die Beklagten sahen in den Klägern Streikbrecher, und sie hielten es mit ihrer Standesehre nicht für vereinbar, mit den Klägern zusammenzuarbeiten. Streikbrecher sind die Kläger nun zweifellos insofern gewesen, als sie bei der Firma während des bestehenden, ordnungsmäßigen (nicht „wilden“) Streiks eingetreten sind. Infolge dieses Streikbruchs sind sie auch aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden. . . . Diese Feststellungen genügen zur Rechtfertigung der Annahme des Berufungsrichters, daß die Beklagten hinsichtlich der Streikbrechereigenschaft der Kläger gutgläubig waren; die Revision überspannt die an die Beklagten zu stellenden Anforderungen, wenn sie meint, die Beklagten hätten noch ein weiteres tun müssen, um sich die Ueberzeugung von dem Streikbruch der Kläger zu verschaffen, insbesondere hätten die Beklagten die Kläger selbst fragen müssen. — Im Hinblick auf diesen Sachverhalt ist der Berufungsrichter der Ansicht, nach den Anschauungen der „beteiligten Berufskreise“ sei den Beklagten ein Zusammenarbeiten mit den Klägern nicht zuzumuten gewesen; das gelte allgemein, es gelte aber insbesondere in der Zeit unmittelbar nach beendigtem Streik und am Orte des Streiks, wo die Erregung des durchgeführten Wirtschaftskampfes stark nachzittere. Dafür, daß die Ansicht der beteiligten Berufskreise maßgebend sei, bezieht sich der Berufungsrichter auf RWG. 98/27 vom 21. März 1928 Entsch. Bd. 1 Seite 273. Dem kann angefügt werden, daß auch das neuere Urteil RWG. 356/29 vom 8. Januar 1930 auf die Anschauungen der „maßgebenden Wirtschaftskreise“ abstellt.

Andernfalls hat das Urteil 246/28 vom 6. November 1929 Entsch. Bd. 4 Seite 253 (257) hierzu einschränkend bemerkt, daß es nicht allein auf die Anschauungen der Berufsangehörigen ankommt, sondern auch die allgemein sittlichen Anschauungen des ganzen Volkes beachtet werden müssen, und daß eine Anschauung der Berufsangehörigen nicht maßgebend sei, wenn sie mit der allgemeinen Volksüberzeugung in Widerspruch trete. Es fragt sich mithin, ob hier nicht ein Rechtsirrtum des Berufungsrichters vorliegt. Mit der allgemeinen Volksüberzeugung will es nicht recht im Einklang scheinen, daß wegen sachlicher und persönlicher Meinungsverschiedenheiten der eine Teil jede Zusammenarbeit mit dem anderen innerhalb des nun einmal gegebenen Berufsverhältnisses ablehnt. Davon gehen ersichtlich auch die Urteile RWG. 328/28 vom 23. Januar 1929 Entsch. Bd. 3 Seite 125, RWG. 550/28 vom 24. April 1929 Entsch. Bd. 4 Seite 19 aus. In der Auffassung des Berufungsrichters ist indessen hier ein Rechtsirrtum zu verneinen. Was auch in anderen Berufsverhältnissen eine Unduldsamkeit der in Rede stehenden Art sittlich mißbilligt werden, so ist doch einmal auf die besonderen Verhältnisse in der heutigen Arbeiterbewegung Rücksicht zu nehmen. Geht es um ihren eigenen Kreis jene Unduldsamkeit nicht mitmachen und nicht billigen würden, doch ihre Mißbilligung zurücktreten lassen gegenüber dem Arbeiterstande, der auf die Zusammengehörigkeit („Solidarität“) seiner Angehörigen ganz besonders angewiesen ist und dieser Eigenschaft auch viele Errungenschaften verdankt, zu denen er nur mit Kämpfen und Entbehrungen gekommen ist. Für den vorliegenden Fall tritt unterförmlich hinzu, was der Berufungsrichter als Hilfsvermutung heranzieht; die zeitliche und räumliche Nähe des eben zu Ende geführten Wirtschaftskampfes. In den beiden erwähnten Urteilen Entsch. Bd. 3 Seite 125 und Bd. 4 Seite 19 ist allerdings die Verdrängung eines Arbeitskollegen von seinem Arbeitsplatz für sittenwidrig erklärt worden, dabei darf aber nicht unbeachtet bleiben, daß diese beiden Urteile Fälle des sogenannten Organisationszwanges betrafen. Einen solchen Zwang auszuüben, läuft aber der Reichsverfassung zuwider; es war also dort das angestrebte Ziel schon unstatthaft. Außerdem kommt es für die Frage der Sittenwidrigkeit entscheidend stets auf die besonderen Umstände des einzelnen Falles an. Mit Rücksicht auf diese kann dem Berufungsrichter ein Rechtsverstoß nicht zur Last gelegt werden. Er hat geprüft, welches im gegenwärtigen Falle das Ziel der Beklagten bei ihrem Vorgehen war. Es gehört zu den anerkanntesten Sätzen der Lehre, daß die angeordnete Maßregel nicht außer Verhältnis zu dem angestrebten Erfolg stehen darf. Wäre der Zweck der Beklagten nur der gewesen, die Kläger wegen des Streikbruchs gewissermaßen zu bestrafen oder sich an ihnen zu rächen, so wäre ihr Verhalten sicherlich unstatthaft; das verkennt auch der Berufungsrichter nicht. Er stellt ausdrücklich fest, daß die Kläger nicht bezweckt haben, Rache zu nehmen. Ersichtlich findet er den Beweggrund ihres Handelns, entsprechend der Rechtsvertheidigung

der Beklagten einfach darin, daß sie es mit ihrer Standesehre nicht verträglich erachteten, mit den Klägern als Streikbrecher zusammenzuarbeiten. Nachdem, was soeben über die Würdigung der Arbeiterbewegung gesagt worden ist, ist dem Berufungsrichter nicht entgegenzutreten, wenn er diesem Beweggrund die Unstatthaftigkeit abspricht. . . . Einen Verstoß gegen die guten Sitten würde das Verhalten der Beklagten auch dann in sich schließen, wenn ihr Tun geeignet gewesen wäre, die wirtschaftliche Existenz der Kläger zu vernichten oder auch nur erheblich zu gefährden. Der Berufungsrichter hat auch diesen Gesichtspunkt geprüft, jedoch in eingehender tatrichterlicher Würdigung der Verhältnisse, namentlich im Hinblick auf die damalige günstige Lage des Arbeitsmarktes angenommen, daß die wirtschaftliche Existenz der Kläger nicht entscheidend gefährdet gewesen sei. Die Ausführungen des Berufungsrichters liegen insoweit auf dem Gebiete der tatrichterlichen Würdigung und sind den Angriffen der Revision entzogen.

Nach alledem ist das Rechtsmittel unbegründet. Gerade für die Frage der Sittenwidrigkeit müssen, wie erwähnt, die Einzelumstände gewürdigt werden. Da spricht es denn doch für die Beklagten, daß es nur ihrer drei waren, die gegen zwei aufgetreten sind; von einem übermäßigen Druck, von Ausnützung einer starken Überposition kann also nicht geredet werden. Es war ferner doch von Hause aus zweifelhaft, ob nicht der Arbeitgeber doch lieber die drei Beklagten entlassen würde als die zwei Kläger. Endlich haben die Beklagten, als später der Arbeitgeber doch die Kläger wieder einstellte, sofort die Konsequenzen gezogen und sind ausgetreten, obgleich der

die Größe (Taschenformat) geben dem Buch eine überaus handliche Form. Durch weitest gehende Abkürzungen dort, wo es zulässig war, ist — ohne die Klarheit des Ausdrucks zu gefährden — der große Stoff auf kleinstem Raum zusammengedrängt worden. Der Verfasser hat sich damit die Eigenarten fast aller Baumbach'schen Gesetzeserläuterungen als Richtschnur dienen lassen. Aber der kleine Druck wird älteren Personen die Benutzung des Kommentars erschweren. Bei einer Neuauflage ist es notwendig, zu prüfen, ob nicht ein etwas größerer Druck verwendet werden kann. Besonders brauchbar wird das Werk dadurch, daß die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte bis hinauf zum Reichsarbeitsgericht sowie die einschlägige Literatur weitgehend berücksichtigt worden sind. Der Kommentar ist Ende Mai 1930 abgeschlossen worden. Während der Drucklegung gefällte Entscheidungen sind, soweit das möglich war, noch mit verarbeitet worden, so daß die Erläuterungen zum Gesetzestext auf den neuesten Stand der Rechtsprechung gebracht worden sind. Die Angaben der Aktenzeichen und Fundstellen ermöglichen ein bequemes Nachschlagen in den Entscheidungssammlungen.

Als ein Mangel ist allerdings festzustellen, daß bei den Entscheidungsangaben nur sehr wenig die von vielen Funktionären gelebte, vom ADGB. herausgegebene „Arbeitsrechtspraxis“ erwähnt wird. Ihnen wird dadurch der Gebrauch des Kommentars nicht unwesentlich erschwert. Die vielbeschäftigten Vertrauensleute der Gewerkschaften, insbesondere die in den Ortsverwaltungen tätigen, sind bei der ständig steigenden Verwaltungsarbeit nicht in der Lage, mehrere der oftmals recht teuren arbeitsrechtlichen Zeitschriften zu lesen. Für sie ist in der Regel die „Arbeitsrechtspraxis“ das gegebene Hilfsmittel. Zu wünschen ist deshalb, daß bei einer Neuauflage dem Mangel abgeholfen wird.

Im Gegensatz zu dem im Vorwort der zweiten Auflage (Seite 6) Gesagten, die kritischen Bemerkungen zum Gesetzestext auf ein Mindestmaß zu beschränken, beschäftigt sich der Verfasser in der Anmerkung 1 zu § 11 Abs. 1 des Gesetzes recht ausgiebig mit dem Vertretungsrecht vor den Arbeitsgerichten 1. Instanz. Er unterföhrt die Forderungen der Rechtsanwälte und deren Berufsvereinigungen auf ihre Zulassung bei den Arbeitsgerichten auch der 1. Instanz. Demgegenüber müssen die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit daran festhalten, daß es bei dem bisherigen Zustand des § 11 bleibt. Das Arbeitsrecht muß mit sozialem Geist durchseht werden. Die Erfordernisse des praktischen Lebens müssen gestaltende Wirkung auf die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte ausüben. Hierbei ist der Gewerkschaftsfunktionar der gegebene Vertreter des rechtsuchenden Arbeiters. In ständiger Fühlung mit der Arbeiterklasse stehend und selbst ihrer Klasse angehörend, ist der Gewerkschaftsfunktionar am besten über die sozialen Notwendigkeiten und die soziologischen Grundlagen des Arbeitslebens unterrichtet. Natürlich ist zu einer wirksamen Rechtsvertretung eine eingehende Kenntnis der arbeitsrechtlichen Bestimmungen und der Entscheidungspraxis notwendig. Bei den Rechtsanwälten fehlt die Verbundenheit mit der Arbeiterschaft und — sagen wir es ganz offen — auch manchmal die soziale Einsicht, die sie für die Vertretung der Arbeiter im Arbeitsgerichtsproze besonders befähigen. Hinzu kommt noch, daß die Rechtsanwälte in den meisten Fällen selbst Unternehmer sind und oft eine erhebliche Zahl Angestellte beschäftigen. Kann dann noch von einer mit voller Hingabe ausgeübten Rechtsvertretung gesprochen werden, wie es bei einer klassenmaig gebundenen Vertretung durch die Gewerkschaften zweifellos der Fall ist? Der Verfasser folgert sehr richtig, daß dem § 9 Abs. 3 des Gesetzes Beschleunigungsmaxime innewohne. (Vorbemerkung zu § 46 S. 116 und Anmerkung 9 zu § 9 S. 48). Aber die von den Rechtsanwälten bei den Arbeitsgerichten gegebene Art von Rechtsvertretung auf die Arbeitsgerichte übertragen, würde das Verfahren wesentlich verlangsamten und den Grundsat der Beschleunigung aufheben. Es braucht nicht noch besonders hervorgehoben zu werden, daß bei Zulassung der Rechtsanwälte im Verfahren 1. Instanz der Prozeß durch die von der unterlegenen Partei zu tragenden Anwaltsgebühren wesentlich verteuert werden würde. Was endlich „die zum Teil mangelhafte Schulung und Erfahrung der Mitglieder und Angestellten wirtschaftlicher Vereinigungen insbesondere auf nichtarbeitsrechtlichem Gebiete“ angeht, so ist mit dem Hinweis auf die Entscheidung des RWG. Band 6 S. 56 Benzheimer Sammlung nichts bewiesen. Es können ebenso gut Fälle nachgewiesen werden, wo bei Arbeitsgerichtsprozessen Rechtsanwälte nicht die notwendige Kenntnis der arbeitsrechtlichen Bestimmungen besaßen, weil eben auch der Rechtsanwält bei aller Tätigkeit auf dem weiten Gebiet des Rechts schließlich doch nicht alles wissen kann. Daraus ergibt sich mit zwingender Logik, daß die Rechtsanwälte im Interesse der Beschleunigung und Verbilligung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens und im Interesse der sozialen Gerechtigkeit auch weiterhin nicht zu den Arbeitsgerichten 1. Instanz zugelassen werden dürfen.

In der Einleitung zum Urteilsverfahren (§ 46 ff.) wird darauf hingewiesen, daß auch das arbeitsgerichtliche Verfahren der Parteiherrschaft untersteht, die Parteien demnach in jedem Stande des Verfahrens das Ergebnis des Prozesses in Händen haben. Die Verhandlungsmaxime (Verhandlungsgrundsatz) bewirkt, daß nur über vorgebrachte Tatsachen und Beweise verhandelt, und nicht mehr als beantragt zugelassen werden darf.

Die dem Werke als Anhang beigegebenen, mit dem arbeitsgerichtlichen Verfahren in Zusammenhang stehenden Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes sowie ein Verzeichnis der Arbeits- und Landesarbeitsgerichte vervollständigen die Gebrauchsfähigkeit des Kommentars. Werden die oben angefuhrten Mängel berücksichtigt, dann kann dieser Kommentar für die Funktionäre unseres Bundes von großem Nutzen sein. Die Anschaffung kann daher empfohlen werden.



KOLLEGE!

DU NENNST DICH MITGLIED
DES DGB, ZAHLST DEINE
BEITRAG. TRITTS DU
ABER FÜR DEINE GEWERK-
SCHAFT AUCH SO EIN, WIE
ES DEINE PFLICHT IST?

Arbeitgeber sie zu halten suchte; ein Beweis, daß doch Rücksichten der Standesehre sie geleitet hatten. — Nach alledem war dem Rechtsmittel der Erfolg zu verlagern.

Das Reichsarbeitsgericht arbeitet mit bemerkenswerter Klarheit die Gesichtspunkte heraus, unter denen die Zusammenarbeit mit Streikbrechern abgelehnt werden kann, ohne daß darin eine sittenwidrige, zum Schadenersatz verpflichtende Handlung erblickt werden kann. Das RWG. macht es aber auch hier, wie in früheren Entscheidungen, stark von dem Einzelfall abhängig. Die in den Entscheidungen grundlegenden Grundsätze können daher keinesfalls verallgemeinert werden. Wie bereits in seiner bisherigen Spruchpraxis zum Organisationszwang, Verdrängung und Andersorganisierung usw. von der Arbeitsstelle (vergleiche die in den Gründen angefuhrten Entscheidungen) kommt das RWG. zu dem Schluß, daß es einen Verstoß gegen die guten Sitten bedeutet hät, wenn durch die Entlassung der Streikbrecher deren wirtschaftliche Existenz vernichtet oder auch nur erheblich gefährdet worden wäre. In Anbetracht des damaligen günstigen Arbeitsmarktes konnte aber hiervon keine Rede sein. Für die Gewerkschaften ist eine solche Schlussfolgerung nach wie vor unannehmbar. Weshalb bei schlechter Arbeitsmarktlage ein anderes Recht gelten soll als bei günstiger, bleibt unerklärlich. Wer seinen Arbeitskollegen im Kampfe um Verbesserung ihrer Lebenslage in den Rücken fällt, ist ein Schädling; sein Tun ist und bleibt sittenwidrig. Dieser Auffassung wird bei Bedeutung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft auch das RWG. in seiner Rechtsprechung Raum geben müssen!

Neuauflage des Baumbach'schen Kommentars zum Arbeitsgerichtsgesetz.

Der vom Senatspräsidenten a. D. Dr. Adolf Baumbach im Verlag von Otto Liebmann, Berlin, herausgegebene Kommentar zum Arbeitsgerichtsgesetz ist in zweiter Auflage erschienen. Die neue Auflage hat Reichsgerichtsrat Dr. Paul Königsberger bearbeitet. Dünnes Papier sowie

ch-

en-

be-

er-

ch-

en-

zu-

un-

ge-

im-

en-

ter-

cht-

ng-

er-

tr-

au-

ch-

en-

be-

er-

ch-

en-

zu-

un-

ge-

im-

en-

ter-

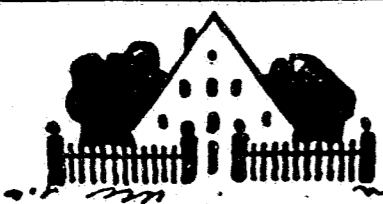
cht-

ng-

er-

tr-

au-



Unterhaltung und Wissen



Zwischen Lipp' und Kehl's Rand . . .

Der von uns Bauarbeitern selten willkommen ge-
heißene Winter war wieder einmal im Rückzug begriffen.
Der Frühling hatte seine Vorposten gut verteilt und unter
deren Schutz wagten sich Schneeglöckchen, Veilchen und
Krokus aus ihren engen, kalten Winterquartieren. Auch
auf den Arbeitsnachweisen wurde die Vermittlungstätig-
keit eine regere. Viele von den Stammkunden waren
bereits in alte Arbeitsstellen zurückgekehrt, andere hofften
die langersehnte Zuweisungskarte bald zu erhalten.

Eines Tages wurde auch mir eine solche in die Hand
gedrückt. Also endlich Arbeit! Begierig studierte ich die
Karte. Ein Fabrikmaurer wurde verlangt nach einem
industriellen Betriebe im Westen der Stadt. Fabrik-
maurer?? Welcher rechtschaffene Maurer geht gern in
eine Fabrik? Die Sonne schien strahlend und wärmend,
die Amfeln sangen ihre herzerhebenden Frühlingslieder,
jeder sehnte sich nach Sonne, Freiheit und Licht nach
langer Winternacht. Mit den widerstreitendsten Gefühlen
machte ich mich auf den Weg, zehn Wochen Arbeitslosig-
keit hinterlassen ihre bösen Spuren. Gewiß, regelmäßiger
Verdienst war sicher nicht zu verachten und dann, ein
Trost blieb mir ja doch, wenn die Bautätigkeit wieder
floriert, dann raus aus dem Gefängnis, denn das bedeutete
jede Fabrik für mich. Es war vielleicht ein Vorurteil,
mancher Kollege würde schließlich keine Bedenken hegen,
aber zu denen zählte ich nun eben nicht.

Am Ziel angelangt, glaubte der Pförtner nach ge-
nauer Prüfung der Zuweisungskarte ein Examen mit mir
anzustellen zu dürfen. Ich fragte ihn nur, ob er ermächtigt
sei, mich einzustellen, wenn nicht, bäte ich, mir alsbald
die zuständige Stelle nachzuweisen. Er sah mich verblüfft
an, so mochten ihm für gewöhnlich Arbeitsuchende wohl



Der Zweite brachte sie einem Dritten . . .

nicht entgegenkommen. Da besann er sich auf seine
Machtposition: „Erstes Stockwerk links, Personalab-
teilung“, schnauzte er. In der Personalabteilung nahm
mir ein jüngerer Mensch meine Karte ab, brachte diese
einem Zweiten, dieser Zweite brachte sie einem Dritten, der
offenbar eine gehobene Stellung einnahm. Dieser kam
nun auf mich zu und fragte, ob ich mit allen Facharbeiten
vertraut sei. Ich glaubte das behaupten zu können. Darauf
nahm er wieder das Wort: „Besonders muß ich darauf
aufmerksam machen, daß Sie bei Mangel an geeigneter
Beschäftigung auch zu sonstiger Hilfsarbeit herangezogen
werden sollen“. Ich machte ein nicht gerade freundliches Ge-
sicht und sah mich im Geiste schon Maschinen schmieren
und Kohlen trimmen. Mein Gegenüber schien meine Ge-
fühle erraten zu haben, denn er sagte lächelnd: „Na, Sie
brauchen davor nicht zurückzuschrecken, es wird äußerst
selten vorkommen, es ist nur eine vorbeugende Maß-
nahme, die wir rein formell von jedem bei uns Beschäftig-
ten verlangen.“

Hinter mir lagen Wochen der Entbehrung, folglich
hieß es, frisch Vogel oder stirb. Ich erklärte also mein Ein-
verständnis. „Gut“, sagte er darauf, „die endgültige Ein-
stellung behält sich der Chef vor, Sie wollen sich ihm noch
vorstellen“. Er rief einen Bürodienner heran, gab ihm
meine Karte und beauftragte ihn, mich beim Herrn
Direktor zu melden. Dieser war nun einschließlich des
Pförtners der fünfte, der über mein Wohl und Wehe zu
entscheiden hatte. Es kam mir vor, als ob ich mich um
einen Posten als Staatssekretär im Auswärtigen Amte
beworben hätte. Würde ich dieses, hoffentlich letzte
Examen mit summa cum laude bestehen?

Der Bürodienner schleppte mich nach einem anderen
Zimmer im gleichen Stockwerk, zu dem ohne Anmeldung
kein Zutritt zu erlangen war. In diesem saßen zwei
Herren, die aber auch noch nicht für mich die richtigen
waren. Durch eine weitere Glas Tür tretend stand ich aber
nun doch endlich demütig, wie Maurer wohl allgemein zu
stehen pflegen, vor dem Throne des Allerhöchsten dieses
Wirtschaftsbereiches. Es war ein geräumiges, mit raffiniertem
Lurus ausgestattetes Gemach. Ein sonderbarer
Parfümgeruch, vermischt mit Zigarettenrauch, zauberte so
etwas wie Bordellatmosphäre hervor. Der Herr Direktor,
ein großer, starkgebauter Mann, war mit äußerster
Eleganz gekleidet und paßte vollkommen zur Einrichtung
seines Zimmers. Er musterte mich von oben bis unten und
es entspann sich nun folgender Dialog: „Sie sind Maurer?“
„Jawohl.“ „Mit allen Arbeiten als solcher vertraut?“
„Jawohl.“ „Können Sie einen Nachweis über Lehrzeit er-
bringen?“ „Jawohl.“ „Haben Sie sonstige Zeugnisse?“
„Jawohl.“ Hier traf mich ein forschender Blick. „Sind
Sie verheiratet?“ „Jawohl.“ „Kinder?“ „Jawohl, zwei.“
„Wie alt sind Sie?“ „45 Jahr.“ Ein forschender Blick.

„Wie alt sind Ihre Kinder?“ „Zweiundzwanzig das
Mädel, vierundzwanzig der Junge.“ „Sind Sie vor-
bestraft?“ „Bis jetzt noch nicht.“ „Haben Sie ein Leiden
oder eine Krankheit?“ „Nein.“ Wieder ein forschender
Blick. „Wo wohnen Sie?“ „Im Vorort C.“ „Waren Sie
bis jetzt arbeitslos und wie lange?“ „Ungefähr zehn
Wochen.“ „Wo haben Sie zuletzt gearbeitet?“ „Bei Bau-
meister A.“ „Weshalb sind Sie entlassen?“ „Wegen
Arbeitsmangel.“ „Haben Sie schon im Fabrikbetrieb ge-
arbeitet?“ „Nur soweit es sich auf Umbauten erstreckte.“
„Unmittelbar also noch nicht. Werden Sie zunächst auf
14 Tage probeweise beschäftigen. Morgen früh 7 Uhr
fangen Sie an.“

Das klang beinahe wie ein Urteil; da ich aber zu
einem solchen auch noch etwas sagen zu können glaubte,
stellte ich zunächst folgende Frage: „Würden mir Herr
Direktor einige Fragen gestatten?“ Darauf er: „Na, dann
kurz und schmerzlos, meine Zeit ist gemessen“. Ich fragte
nun: „Bezieht sich die Probezeit nur auf Feststellung der
beruflichen Eignung?“ Ein forschender Blick. „Natürlich
auch auf Führung im allgemeinen.“ „Dürfte ich um In-
formation in bezug auf Entlohnung und Arbeitszeit
bitten?“ Der Herr Direktor schien etwas nervös geworden
zu sein, der Federhalter in seiner Hand zitterte merklich.
„Arbeitszeit pro Tag neun Stunden, Ueberstunden sind
nach Bedarf zu leisten. Arbeitslohn, Arbeitslohn —“ Er
drückte auf den Reichweite angebrachten Klingel-
knopf, der Bürodienner kam angeführt. „Lohnbuchhalter
soll kommen“, herrschte der Direktor ihn an. Der Büro-
diener jagte fort. Nach wenigen Sekunden erschien der
Lohnbuchhalter, ein kleines, dürrs Männchen mit großer
Brille. „Maurerlohn feststellen“, war die Aufforderung.
Der Buchhalter beeilte sich, dem Befehl nachzukommen;
da er sich nicht getraute, seine Bücher auf den Tisch des
Allgewaltigen auszubreiten, nahm er seine Zuflucht zu
zwei Stühlen. „Anfangslohn 40 Mark, Endlohn 45 Mark
nach vierjähriger Tätigkeit, Herr Direktor“, meldete er
devot. „Genügt mir“, sagte der Herr Direktor. „Kann ich
Herrn Direktor sonst noch dienen“, fragte der Kleine in
unterwürfiger Haltung. „Nein, danke“, war die Antwort.

Wie ein geister Bliß war der Buchhalter zur Tür
hinaus. Nun wendete sich der Direktor mir wieder zu.
„Ich gebe Ihnen 43 Mark pro Woche zunächst, bei zu-
friedenstellenden Leistungen und nach halbjähriger Tätig-
keit Zulage nicht ausgeschlossen“. Ich aber sah die kaum
erst aufgestiegene Fata morgana von regelmäßigem Ver-
dienst, Bezahlung von Schulden, Beschaffung von Wäsche,
Kohlen usw. schon wieder in Dunst und Nebel zerfließen.
„Auf dieses Angebot kann ich nicht eingehen“, erwiderte
ich, „ich bitte um Beschäftigung und Entlohnung nach
Maßgabe des Reichstatarifvertrages für das Baugewerbe.“

Damit hatte ich den Funken ins Pulverfaß geworfen.
Der Direktor, hochrot im Gesicht, sprang auf und durch-
maß mit großen Schritten das Zimmer. „Was geht mich
Ihr Tarif an“, schrie er, „hier sind Sie nicht auf Ihrem
Drecksbau, hier sind Sie in einem geordneten Betriebe!“
„Unser Tarifvertrag verbürgt auch im Baugewerbe Or-
dnung in den Betrieben, soweit sich das auf die Arbeits-
verhältnisse erstreckt“, entgegnete ich mit größter Ruhe.
„Halten Sie das Maul“, schrie er wieder äußerst erregt.
„Immer nach Ihnen, Herr Direktor“, war meine Erwiderung.
„Es ist gut“, sagte er, sich zur Ruhe zwingend, „wir sind
fertig, Sie können gehen.“ „Dürfte ich dann bitten, mir die
Karte, die da vor Ihnen liegt, mit entsprechendem Vermerk
zurückzugeben?“ „Ach so, ja, Herr Tarifmaurer, die sollen
Sie haben“, höhnte er. Er gab mir die Karte zurück, sie
trug den Vermerk: Verweigert Annahme der Arbeit. Ich
legte sie ihm wieder hin. „Bitte setzen Sie hinzu: Unter
den gebotenen Bedingungen.“ „Sie haben wohl Angst
um die schöne Unterstüßung? Keine Sache, was? Möcht's
auch mal so gut haben! Große Töne schwingen, nicht
arbeiten, aber regelmäßig Geld holen.“ So höhnte er
erneut.

Die Karte hatte er auf den Fußboden geworfen. Ich
hob sie natürlich seelenruhig auf und sagte: „Wissen Sie,
Herr Direktor, Angst habe ich weder vor Ihnen noch vor
sonst jemand, auch nicht um meine Unterstüßung, aber auch
ich wünsche Ihnen von Herzen, daß es Ihnen mal so gut

Schließt die Reihen!

Und wiederum kommt solch ein Sonntag herbei,
Da zur Urne du schreitest! Ich sage dir frei:
„Kollege, soll ich dich beraten,
Dann störe dich nicht an Putschistengeschrei,
Dein Recht wahrst dir nur e i n e starke Partei —
Das sind die Sozialdemokraten!

Schau ringsum die Länder dir an mit Bedacht:
Wo Radikalinskis besaßen die Macht,
Da herrschen jetzt frech die Faschisten!
Die Völker dort seufzen in knechtischer Fron.
Die Steigbügelhalter der Reaktion,
Das waren noch stets Kommunisten!

Daß Führer auch Menschen, nicht Halbgötter sind,
Und suchend, dem Irrtum verfallen oft sind,
Das stimmt! Doch man darf nicht vergessen:
„Ein jeglicher Mensch irrt solange er strebt!“
Das sagte einst Goethe, der an sich selbst es erlebt —
Wer will mit dem Geiste sich messen?

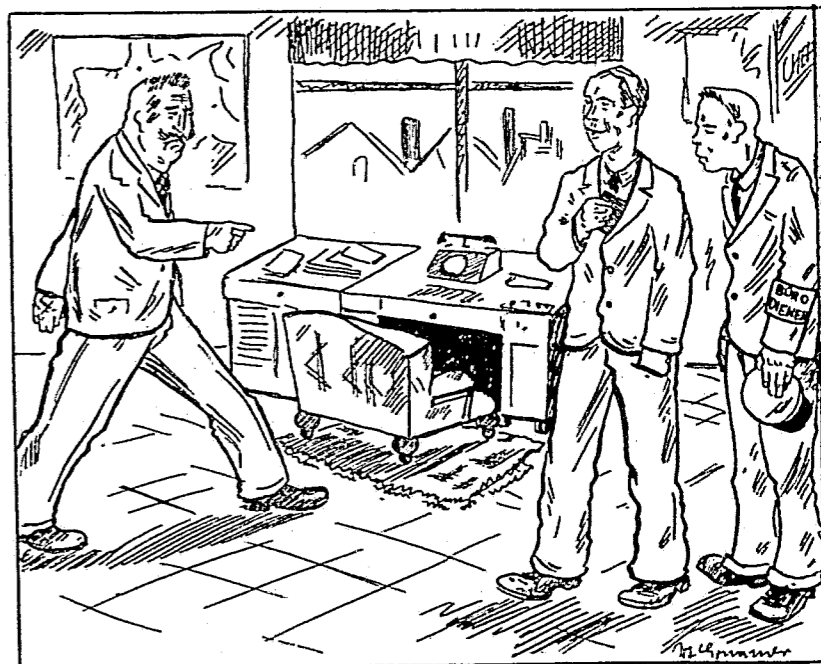
Versprechen ist leicht, aber halten ist schwer!
Ein Hundsfott verspricht dir leichtsinnig noch mehr
Als du möchtest. Du trügst dann den Schaden!
Ob ganz links oder rechts, stets deckt sie ein Busch,
Nichts nützen dir Phrasen und Schlagwortedrusch, —
Drum wähle Sozialdemokraten!

Max Vollmann.

ginge wie mir und mir so schlecht wie Ihnen.“ Damit
wendete ich mich der Türe zu. Pflöchlich wurde die Tür
aufgerissen und herein stürzte der Bürodienner, sofort
militärische Stellung einnehmend. „Herr Direktor befehlen?“
tönte es aus dem Munde des Dieners. Jener war jedenfalls
ebenso erfaunt wie ich über dieses plötzliche Auftauchen.
Der Direktor hatte offenbar in der Erregung und ohne
darauf zu achten, den Klingelknopf berührt und dadurch
den dienstbaren Geist herbeigerufen. Ein richtiger Direktor
würde sich die Gelegenheit zum Befehlen nicht entgehen
lassen und so befahl er: „Führen Sie den Mann hinaus“.

Wäre nun der Bürodienner kein richtiger Diener ge-
wesen, so würde er sich jedenfalls gleich mich gemundet
haben, daß er mich hinausführen sollte. Er sah zwar
etwas erfaunt aus, als auch ich mit matter Stimme bat:
„Führen Sie mich doch hinaus“. Na, und da er ein
richtiger Diener war, gehorchte er und führte mich hinaus,
und zwar sehr sorgsam.

Wie zwei alte Weiblein, die zur Kirche wollen, frip-
pelten wir selbender durch das Zimmer der beiden Proku-
risten, die, wie mir schien, erfaunt hinter uns dreinsahen.
Auf dem Treppensturz angelangt, fragte ich mit noch immer
matter Stimme: „Kommt jetzt die Treppe?“ „Noch nicht,
aber gleich; so, jetzt halten Sie sich rechts an der Hand-
leiste fest“, beeilte sich mein sorgsamer Führer zu erläutern.
Als wir auf die bisherige Weise bis zum ersten Treppen-
podest gelangt waren, konnte ich mich des Lachens kaum
noch erwehren, zumal eine die Treppe passierende ältere
Frau besorgt fragte, ob sie mir ein Glas Wasser bringen
solle. Ich machte mich daher aus der Umklammerung
los und fragte so harmlos wie möglich: „Laufen Sie
die Treppe immer so langsam runter?“



„Bürodienner, führen Sie den Mann hinaus!“

Nun war aber das Erstaunen restlos auf seiner Seite.
„Ich denke, Ihnen ist unwohl?“ fragte er unsicher. Da-
rauf beruhigte ich ihn, nun aus vollem Halse lachend:
„I Gott bewahre, mir war bloß unwohl, während ich
bei ihrem Direktor war, sonst ist mir saumohl.“ Er
hatte Sinn für Humor, lachend stieg er in seine höheren
Regionen und ich abwärts in den Orkus des zwar son-
nigen, aber dennoch arbeitslosen Alltags. Der Pförtner,
der das immer verschlossen gehaltene Gefängnis er-
schloß, fragte mich, ob's geklappt hätte. „Ja, wunderbar“,
rief ich im Weitergehen zurück.

Auf dem Arbeitsnachweis hatte ich noch ein kleines
Intermezzo des beauftragten Vermerks wegen. Die
Unterstützung ist mir aber weder gekürzt noch entzogen
worden. Die Liebesmühe des Direktors war vergeblich.
Den Lesern aber, falls solche durch die Günst des Re-
dakteurs entstehen sollten, möchte ich die Nutzenanwendung
empfehlen: „Halte euren Tarif hoch, es ist ein Boll-
werk von guter Fundamentierung. Er soll euch Stolz
und Rückgrat verleihen und ist auch dazu geeignet!“

Epsliffen. Was würden die Menschen tun, wenn sie mit
den gemachten Erfahrungen nochmals auf die Welt kämen.
— Sie würden andere Dummheiten anstellen.

Gut gedient. Suppengrün haben Gängel! Beim Ser-
vieren zerbricht das Mädchen ein Glas. „Passen Sie doch
auf!“ schreit die Suppengrün, „ich werde Ihnen das Glas
vom Lohn abziehen!“ — „Von welchem?“ fragt das
Mädchen zurück, „vom April-Lohn oder vom Mai-Lohn
oder vom Juni oder Juli?“
(„Wahrer Jacob.“)

Ein Vorschlag. Peter Altenberg besuchte eines Mor-
gens eine Schauspielerin, die sich schnell anzog, um mit dem
Wiener Bohemien zu plaudern.

„Sie können sich etwas darauf einbilden, Peterle, daß
ich für Sie aufstehe.“
„Das Gegenteil wäre mir lieber gewesen,“ erscholl es
zur Antwort.

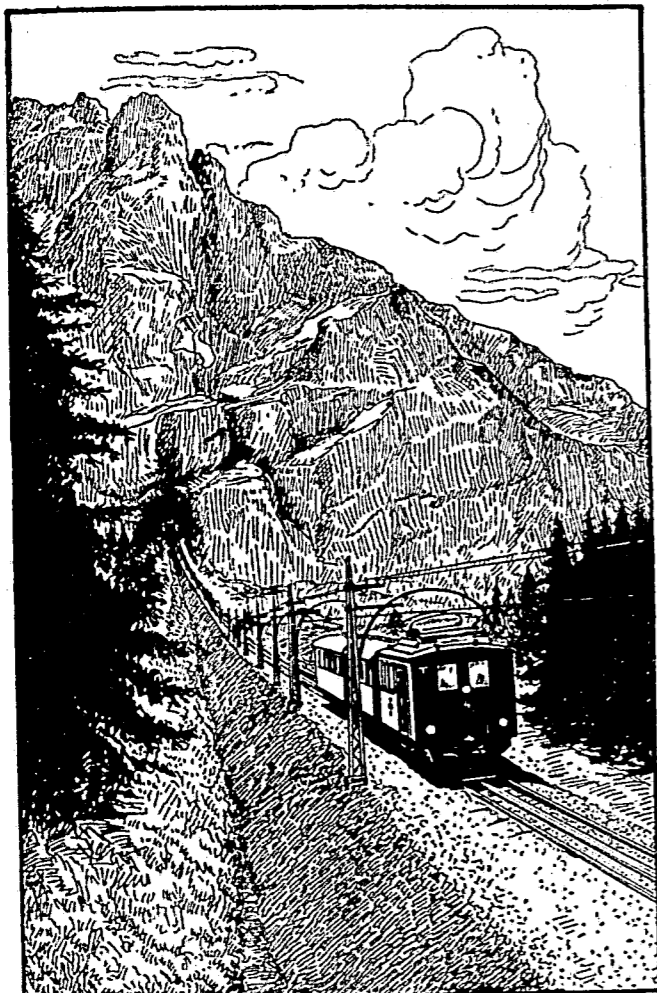
Die besorgte Mutter. Ein Lehrer teilt uns mit: Zu mir
in die Grundschule kam eine besorgte Mutter aus „besseren“
Ständen. „Ach, Herr Lehrer, ich hätte eine große Bitte
an Sie, unser Ernst-Augustchen sitzt neben einem Jungen,
der keinen Religionsunterricht hat, ich befürchte, daß unser
Kleiner beeinflusst wird, und wir geben doch so viel auf
Religion!“ Ich suchte die Bedenken der Frau zu zerstreuen.
„Der kleine Nachbar ist ein wohlzogenes Kind, und Jesus
Christus ist ja auch bei Heiden ein- und ausgegangen!“ Da
richtete sich die Mama in ihrer ganzen Größe auf und bis
um sich: „Ja, Herr Lehrer, das ist ihm aber auch von kirch-
lichen Kreisen arg verdächt worden!“
(„Wahrer Jacob.“)

Der bezwungene Riese.

Der bezwungene Riese ist in diesem Fall der Goliath der deutschen Berge, die Zugspitze mit ihren 2964 Metern. Zwar hat schon vor 110 Jahren ein Mensch per Pedes die Zugspitze bezwungen. Und seit dieser Zeit sind Menschen in immer größerer Zahl hinaufgekommen. Häften wurden gebaut. Zunächst am Rande des Platts und am Ausgang des Reintals die Knorrhütte, jahrzehntlang der einzige Stützpunkt aller Zugspitzbesteiger. 1893 entstand im Höllental die Angerhütte, dann in 2000 Meter Höhe — auf dem Wege von Ehrwald zum Gipfel — die Wiener-Neustädter-Hütte und auf ausgeprägtem Plateau zwischen dem West- und dem Ostgipfel das Münchener Haus. 1900 wurde dann die Wetterwarte bezogen.

Den jahrelang erörterten deutschen Plänen, eine Bahn hinauf zu bauen, kam 1925 Oesterreich mit einer Seil-schwebebahn zuvor.

Es ist nicht das erstmal, daß ein Berg von der Technik bezwungen worden ist, aber sicherlich ist es das erstmal, daß ein Berg so kühn bezwungen worden ist, wie



Vor der Einfahrt in den Tunnel.

durch die Zugspitzbahn. Die Bahn ist unter großen Schwierigkeiten, unter außergewöhnlichen Strapazen für Arbeiter und Ingenieure und nach Ueberwindung ganz besonderer, der Bergwelt eigenen Umstände und Gefahren erbaut worden. Ueber diese nicht alltägliche Arbeitswelt ist im „Grundstein“ wiederholt berichtet worden.

Nun ist im Juni der Betrieb auf der ganzen Schienenstrecke, also von der Station Garmisch bis zum Schneefernerhaus, aufgenommen worden. Behördliche und kirchliche Zeremonien begleiteten die Eröffnungsfeier, die wahrscheinlich sehr exklusiv war, wie man ja heute in Bayern auch auf anderen Gebieten sich bemüht, exklusiv, d. h. unter sich, zu sein. Boshafte Leute pflegen vom bayerischen Partikularismus zu sprechen. — Heute trifft man ohne den behördlichen Segen seine Bergfahrt an. Auch ohne dem kommt die Vorfreude — die bekanntlich von allen Freunden die bessere ist — auf ihre Rechnung. In Garmisch findet man einen kleinen, blühenden Bahnhof mit dito Empfangshalle. Und man freut sich, wie die Ausmaße der kleinen Bahn und der Betriebsanlagen in schöner Harmonie miteinander in Uebereinstimmung gebracht worden sind. Man läßt das Bahnhofsgebäude von einem prächtigen Bahnhof seine Fahrt antreten. Die farbenfreudig strahlenden Wagen der Zugspitzbahn fahren nicht auf Schienen, sondern man mißt nur 1000 Millimeter, oder wie der gewöhnliche Sterbliche sagen würde, 1 Meter. Es ist aber falsch, aus der spurweiligen Bescheidenheit der Zugspitzbahn schlussfolgern zu wollen, daß sich die Preise von denen der Reichsbahn im gleichen Verhältnis unterscheiden würden. Das Gegenteil ist leider der Fall. Die besonders hohen Baukosten der Strecke erforderten dies, und ohne Profit taucht auch bei der Zugspitzbahn kein Schornstein.

Als sich unser Zug in Bewegung setzt, ist er gerammelt voll, genau so wie zu Haus die Untergrundbahn. Sogar die wohl vornehmlich den Amerikanern vorbehaltenen 2. Klasse ist voll besetzt, aber von 3. Klasse-Fahrgästen; denn in die Dritte ging nichts mehr hinein. Die Tallokomotive (Reibungslokomotive) bringt den Zug mit 40 km Geschwindigkeit nach der Station Grainau-Wadersee, womit diese Lokomotive ihre Aufgabe erfüllt hat. Von der 19 km langen Strecke der Zugspitzbahn hat sie zwar nur 7,50 km bewältigt, aber ihre Kraft reicht nicht aus für die Steigungen der nächsten Strecke (Grainau-Wadersee — Eibsee), die bis zu 118,5 ‰ betragen. Die Tallokomotive konnte nur die Steigungen bis zu 35,1 ‰ auf der ersten Strecke schaffen. Also muß sie von ihrem Platz weichen. Eine kräftigere Kollegin, noch dazu eine mit Zähnen, nimmt ihr die Arbeit ab. Sie tritt aber nicht an die Stelle der Abgetretenen, sondern an das hintere Ende des Zuges, um zu schieben, wie es Bergbahnen eben zu tun

pflegen. Langsam aber sicher mit 9-Stundenkilometer Geschwindigkeit gehts dann weiter.

Wie naturgemäß die Geschwindigkeit gegenüber dem ersten Teil der Strecke abnehmen muß, so steigt umgekehrt die Höhe des Preises für die Berg-Fahrkilometer. Die Ursache des ersteren ist technischer, die des letzteren privatwirtschaftlicher Natur. — Nach weiteren 23 Minuten Fahrtzeit ist die Station Eibsee erreicht. Hier spielt sich regelmäßig ein Vorgang ab, der eine treffliche Illustration unserer auf Privateigentum beruhenden Weltordnung ist. Die übergroße Mehrheit der Fahrgäste verläßt hier nämlich den Zug; nicht deshalb, weil es beim Eibsee wirklich sehr schön ist. Nein, der Großteil der Bergfahrer muß den Zug verlassen ehe die Bergfahrt überhaupt begonnen hat, weil sie nicht in der Lage sind, den für die wirkliche Bergfahrt geforderten, bedeutend höheren Fahrpreis zu zahlen.

Die Strecke bis zum Schneeferner-Haus hat durchweg Steigungen bis zu 250 ‰; es müssen also mit je einem Meter Bahnschraube ¼ Meter Steigung überwunden werden. Zur Bewältigung dieser Leistung wird der Zug in der Station Eibsee geteilt, oder überhaupt nur ein oder zwei Wagen — zwei reichen für die Beförderung der verbleibenden Fahrgäste auch gut aus — von einer Lokomotive nach dem Schneeferner-Haus hinaufgedrückt. Bis zur Station Riffelris ist die Fahrt landschaftlich sehr reizvoll. Die offene Strecke gewährt einen sehr schönen Blick auf die den Eibsee umgebende Bergwelt sowie auf den Eibsee selbst, der sich von etwa 650 Meter Höhe wie ein großer Ententeich ausnimmt. Voraussetzung für diese Naturgenüsse ist allerdings, daß sich der Wettergott passiv verhält; er es nicht — wie bei unserem Bergfahrer — mit dem Genuß der Vorfreude bewenden läßt, und die per Freibeitelt und herrlichstem Sonnenschein erzeugte doppelte Freude durch Regen, Donner und Blitz vernichtet. Noch bevor der Zug beim Riffelris in den Tunnel entweichen konnte, verließ der Wettergott in seinem Zorn, wahrscheinlich in Vertretung der durch den Bahnbau beleidigten Majestät der Bergwelt, vielleicht auch im Auftrag einiger „Naturfreunde“, der braven Zahnradlokomotive einen so heftigen Schlag, daß die Puste ausging. Einer von den feurigen Blitzen aus dem energiegeladenen Füllhorn des Donnergottes erreichte sein Ziel, zerbrach der Lokomotive die Sicherungen und brachte ihr einen Defekt bei. Da stand nun die Kiste, ging nicht mehr vorwärts; konnte nur noch kraftlos, aber von Menschenhand mittels Handbremsen gebändigt, der 1200 Meter tiefer liegenden Weiche zurollen, allwo eine von der oberen Station telefonisch herbeigerufene Lokomotive die invalide Kollegin ablöste. Während der einstündigen Wartezeit konnten die Fahrgäste darüber nachdenken, mit welchen Sünden sie den Wettergott so gereizt hatten.

Die Tunnelfahrt bietet dem nur landschaftlich interessierten Menschen nichts. Aber wer Freude hat am menschlichen Werk, wer Freude hat an der Bezwingung der Naturgewalten und der „Masse Bergwelt“, der wird besonders bei der stark ansteigenden Tunnelfahrt in der Zugspitze auf seine Rechnung kommen. Er wird Freude empfinden an dem Werk, das Arbeiter und Ingenieure geschaffen haben, wie sie sich eingruben in den Leib des Riesens und wie dieser Kampf mit der feineren Gewalt endet mit einem herrlichen Blick auf das schneebedeckte Platt; einem Anblick, den man hundertprozentig allerdings nur dann genießen kann, wenn die Sonne das Platt bestrahlt.

Der etwa 4,5 km lange Tunnel wird in 35 Minuten durchfahren. In stark regnerischen Tagen passiert der Zug Stellen, wo es auf die Regendächer krommelt, weil die Tunnelwand nicht aus natürlichem Gestein, sondern aus Beton besteht. Das sind Stellen, wo die Bahn von einem Massiv zum andern übergeht. Früher befanden sich dort Einschnitte, die man mit dem beim Tunnelbau gewonnenen Material ausgefüllt und dann die Tunnelenden miteinander durch einen Betontunnel verbunden hat. Die Endstation Schneeferner-Haus zeigt ein von den Untergrundbahnhöfen her gewohntes Bild. Nur mit dem Unterschied, daß sich schon auf dem Bahnhofssteig am Lift ein Boy als Vertreter der Gastonomie präsentiert, der bereit ist, das Publikum in das zunächst noch provisorische Restaurant zu befördern. Am Schneeferner-Haus endet einstweilen noch die Zugspitzfahrt. In kurzer Zeit aber wird eine Seilbahn zum Gipfel in vier Minuten die Freude des Bergfahrers und für immer das Werk der Schaffenden krönen.

Mit der Zugspitzbahn können stündlich vom Eibsee in drei Doppelzügen insgesamt 720 Personen — also etwa die ein D-Zug fassende Personenzahl — auf Deutschlands höchsten Berg befördert werden. Die Gesamtfahrtzeit von Garmisch bis zum Schneeferner-Haus beträgt im Mittel 111 Minuten; eine Zeit, in der ein D-Zug beinahe die Strecke Berlin—Leipzig durchläuft, wozu 118 bis 122 Minuten erforderlich sind.

Die Betriebsfähigkeit des rollenden Materials kommt unter anderem zum Ausdruck in den vielfachen Brems-

einrichtungen. So verfügt die Zahnradbahn über vier Arten von Bremsen. Neben den im Eisenbahnbetrieb bekannten Luftaufgebremsen, die als Notbremsen wirken, gibt es zunächst noch eine Kurzschlußbremse, die als Betriebsbremse wirkt, dann noch eine Geschwindigkeitsbremse, die selbsttätig ausgelöst wird und unmittelbar auf die Motorwelle wirkt, wenn die Geschwindigkeit des Zuges 10 Stundenkilometer übersteigt. Daneben gibt es noch zwei unabhängige Handbremsen, die als Haltebremsen auf die Bremsstromeln an den Triebzahnradern wirken. Das ist wohl so ziemlich alles, was der Ingenieur an Betriebsfähigkeit bieten kann, und was nach menschlichem Ermessen jeden Unfall ausschließt.

Der sich für technische Errungenschaften interessierende, den Naturschönheiten nicht abholden Mensch, wird auch bei diesem großen Werk viel Freude empfinden. Die kleinen Egoisten unter den Naturfreunden, die in hochtönenden Worten von dem „geschändeten Berg“ sprechen, seien darauf verwiesen, daß es in der großen Alpenwelt noch genügend schöne, und sogar noch höhere Berge gibt, an die sich die Technik niemals, schon aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit, heranwagen wird, die also den passionierten Bergsteigern zur Befriedigung ihrer Leidenschaften stets und jederzeit zur Verfügung stehen werden. Kein technisches Meisterwerk wird hier ihr naturfreudiges Auge beleidigen. Schließlich kann es doch keine Schändung sein, wenn die Technik es auch Leuten, die körperlicher Beschwerden halber oder aus anderen Gründen nicht in der Lage sind, große Bergtouren zu machen, einen Höhenblick und einen Genuß ermöglicht, wie es nur ein 3000 m hoher Berg bietet.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gespertt ist die Firma Paul Kayser in Gosek, Baugewerkschaft Weissenfels, wegen untertariflicher Bezahlung; ferner das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Geesthacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Arbeitsstellen der Firma Richard Schöche aus Sigenroda in Birkewitz und Börlin wegen Tarifbruch.

Fliesenleger: Gespertt ist in München die Firma Norbert Berger.

Töpfer: Gespertt sind in Burg b. Magdeburg Uhlemann, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg a. d. W. die Firma Alex Kaczkowski wegen Zahlung untertariflicher Löhne, in Magdeburg die Firma Jollweiger & Sohn wegen Nichtzahlens des Lohnes, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Strassburg i. U. die Ofenfabrik Klein Schmidt wegen Nichtzahlens der Tariflöhne, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Dortmund. (Bezirksstag.) Unsere Bezirkstagskonferenz tagte am 17. August in Dortmund. Anwesend waren 85 Delegierte, 11 Bezirksvorstandsmitglieder und der Kollege Otto vom Bundesvorstand. Nach Ehrung der verstorbenen Mitglieder gab der Bezirksleiter, Kollege Kuzmann, den Geschäftsbericht für die drei zurückliegenden Jahre. Die technische Entwicklung der Industrie im letzten Jahrzehnt und die Modernisierung der Werke stellt auch große städtebauliche Aufgaben; während der Bauzeit mußten gelernte Arbeitskräfte von auswärts herangezogen werden. Die bessere Wohnungsbautätigkeit in den letzten drei Jahren war aber nur möglich, indem Hauszinssteuer im voraus verwendet und Zwischenkredite aufgenommen wurden. Dadurch sind die Kommunen stark verschuldet, das Umschuldungsprogramm des Städtetages hat dann zur scharfen Drosselung des Wohnungsbau geführt. Durch die Rationalisierung, besonders in den Großstädten, wo heute die Benutzung von Maschinen und die Betonbauweise mehr in den Vordergrund rückt, werden immer weitere Bauarbeiter arbeitslos. Auf das von der Reichsregierung in Aussicht genommene Arbeitsbeschaffungsprogramm darf man, soweit es die „Ankurbelung“ der Bauwirtschaft betrifft, keine große Hoffnung setzen. Heute haben die Bauarbeiter mehr als alle anderen Berufe unter der großen Arbeitslosigkeit zu leiden. Trotzdem sind die Bauarbeiter beim Bezug der Erwerbslosenunterstützung schlechter gestellt als alle anderen Berufe. Wie schlecht die Gesamtlage auf dem westfälischen Baumarkt ist, zeigt die Zahl der arbeitssuchenden Bauarbeiter nach dem Stande vom 30. Juni 1930; die Zahl steht fast um 35% über dem Stand der gleichen Zeit im Vorjahre. Da gar nicht daran zu denken ist, die Arbeitslosen bald in Arbeit zu bringen, muß alles daran gesetzt werden, die Arbeitszeit sehr stark herabzusetzen. Dazu bedarf es natürlich einer starken Organisation. Die Hauptaufgabe für uns ist demnach die Werbearbeit unter den Bauarbeitern. Unser Mitgliederstand hat sich erfreulicherweise gehoben, wir haben heute im Bezirk 10 000 Mitglieder mehr als vor drei Jahren, obwohl auch die gegnerische Organisation auf jede Weise Mitglieder zu gewinnen versucht. Die Bauarbeiter haben eingesehen, daß nur der Deutsche Bauarbeiterbund ihre Interessen wahrnehmen kann. Und dies trotz der kommunikativen Verheerungs- und Zerplitterungsarbeit! Eingehend besprach der Redner die Abschlüsse von Tarifverträgen in den Einzelgruppen des Bundes. Alle Kollegen müssen schon jetzt dafür sorgen, daß die Verträge voll durchgeführt werden; kein Kollege darf sich herbeilassen, billiger zu arbeiten. Zum Schluß besprach der Redner noch Bauarbeiterfortschritts- und Bildungsfragen. Die Kollegen müssen gemeinsam mit den 22 im Bezirk angefallenen Baukontrollleuten für die Durchführung des Bauarbeiterfortschritts im Interesse ihrer Familien und der gesamten Bauarbeiterchaft sorgen. Unsere Bildungsarbeit ist dazu berufen, unseren jungen Kräften das nötige Rüstzeug für unsere Bundesarbeit mit auf den Weg zu geben. — In der Aussprache wandten sich die meisten Redner gegen das gewerkschaftsschädigende Verhalten der sogenannten Opposition. Dann sprach Kollege Otto vom Bundesvorstand über die Aufgaben des Bundesstags. Er sei vor große Aufgaben gestellt. Mehr als 520 Anträge lägen vor, auch sehr viele über Arbeitsbeschaffung. Die Wohnungsnot sei sehr groß.



Es sei alles zum Bauen Notwendige vorhanden, nur die Baugelder fehlten. Aber auch diese wären vorhanden, wenn nicht das Geld ins Ausland verschoben würde, um es dann für höhere Zinssätze wieder aus dem Ausland hereinzuholen. 8 bis 10 Milliarden seien im Ausland, die Reichsbank könne die Gelder nicht unterbringen, weil die Zinssätze zu hoch sind, deshalb müßten die Zinssätze herabgesetzt werden. — Die Arbeitszeit müsse verkürzt werden. Der Redner begründete auch, warum im „Grundstein“ zur Wahl von Sozialdemokraten aufgefördert werde; er geheisse dabei auch das Verhalten der Kommunisten. Kollege Kufmann verurteilte im Schlußwort die Stellungnahme der KPD-Fraktionen in den einzelnen Stadtparlamenten bei Vergebung der Hauszinssteuer. Der Antrag der Revisoren, dem Vorstand Entlastung zu erteilen, wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung der vorliegenden Anträge wurde der gesamte Vorstand, mit Ausnahme des Kollegen Finger, der nicht anwesend war, wiedergewählt. In seine Stelle wurde der Asphaltierer, Kollege Karl Senft, gewählt. Der Bezirksrat schloß mit einem Appell, am 14. September alle Stimmen der Sozialdemokratie zu geben und mit einem kräftigen Hoch auf unseren Bauergewerksbund.

Bezirksverband Frankfurt a. M. (Bezirksrat). Unser Bezirksrat war am 16. und 17. August. Es waren 95 Abgeordnete anwesend, außerdem der Bezirksvorstand und vom Bundesvorstand Kollege Arthur Schmitz. Den Geschäftsbericht von den letzten 3 Jahren gab Kollege Jakob Knöfel. Als das Krisenjahr 1928 überwunden war, zählte der Bezirk rund 30 000 Mitglieder. Trotz der Krise, die nunmehr bereits seit 10 Monaten den Bezirk durchdringt, stieg unsere Mitgliederzahl dauernd, sie betrug Ende Juni d. J. 34 569. Das sei ein Zeichen, daß unsere Funktionäre gut gearbeitet und für die Organisation gearbeitet haben. Durch die Einführung von Verwaltungsbeiträgen sei ein engerer Kontakt zwischen den Mitgliedern und der Leitung geschaffen worden; dies habe nicht zuletzt zu der Mitgliederzunahme beigetragen. Leider hat sich im Organisationsstand der Tiefbauarbeiter wenig geändert. Zeigte er auch in den letzten drei Jahren eine geringe Zunahme, so ist er heute schon wieder auf den alten Stand zurückgegangen, obwohl viele Tiefbauarbeiten im Bezirk durchgeführt worden sind. In diesen Zeiten der Krise müsse eine besondere Aufmerksamkeit darauf verwandt werden, die Tariflöhne zu halten. Unser Tarifsystem hat sich bewährt. Es stände um die Löhne der Bauarbeiter, vor allem in diesen Zeiträumen, recht schlecht, wenn sie nicht tariflich verankert wären. Die Unternehmerorganisationen im Bezirk sind zwar zerstückelt, trotz alledem aber stärker geworden. Allgemein betrachtet war die Lohnentwicklung in den letzten 3 Jahren zufriedenstellend, nicht nur in den großen, sondern auch in den kleinen Fachgruppen des Bezirks. Der 8-Stundentag wird im allgemeinen hoch gehalten. Es wird notwendig sein, auf noch größere Verkürzung der täglichen Arbeitszeit zu dringen. Jedenfalls müsse streng darauf geachtet werden, unter keinen Umständen 8 Stunden Arbeit täglich zu überschreiten. Die Notstandsarbeiten hätten die gute Wirkung, daß Arbeit geschaffen wird, aber für unsere Organisation wirken sie geradezu verheerend. Für die Bauarbeiter springt dabei nichts heraus; es werden andere beschäftigt, während dem Bauergewerksbund die Aufgabe zufällt, die Tarifverträge hochzuhalten. Leute, die 13 Wochen Notstandsarbeiten ausführen, haben kein Interesse daran, während dieser Zeit unserem Bunde anzugehören. Durch die Arbeitsgerichtsbarkeit sind im Bezirk über 200 000 M. erstritten worden. Dies ist ein Teilbeweis für die große Arbeit, die unseren Funktionären obliegt. Auch in der Bildungs- und Erziehungsarbeit ist fleißig gearbeitet worden. Die Jugendarbeit zeigt ebenfalls Fortschritte. Es sei mit Freude festzustellen, daß ausgerechnet die kleinste Baugewerkschaft unseres Bezirks, Hann.-Münden, in dieser Richtung die vorbildlichste Arbeit geleistet habe. Die Bauhüttenbewegung zeigt einen befriedigenden Stand. In der Werbearbeit ist alles getan worden, was möglich war. Das gleiche sei in der Frage der Arbeitsbeschaffung zu sagen. Das Baudelegiertenwesen zeige immer noch Mängel; die Kollegen müßten endlich begreifen, daß ihnen beim Fehlen von Baudelegierten große Nachteile entstehen können. Nun gilt es, trotz Krise auch fernerhin aufrechtzuerhalten zu wirken! Deshalb immer wieder an die Organisationsarbeit! — Der mit lebhaftem Beifall aufgenommene Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Es folgte ein Vortrag unseres Bezirkssekretärs August Stampe über Bauarbeiterschutts, den der Vortragende besonders interessant gestaltete, indem er die größten Mängel im Bauarbeiterschutts in dieser Richtung zeigen konnte. — Am 2. Verhandlungstage sprach zunächst Kollege Arthur Schmitz vom Bundesvorstand über das Thema: „Der „Grundstein“ als Kampfmittel für die Interessenvertretung der Bauarbeiter“. Der instruktive und zugleich Aufklärung bietende Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Aussprache wurde eine stärkere Interessensvertretung der Bauarbeiter im Reichstag verlangt, außerdem aufgefordert, entsprechend der in dem Vortrag entwickelten Anschauung des Kollegen Schmitz bei den kommenden Reichstagswahlen nur sozialdemokratisch zu wählen. Eine dahingehende Entschließung wurde einstimmig angenommen. Dann sprach August Stampe über die Aufgaben des Bundesrats in Frankfurt a. M. Er behandelte ausführlich die vorläufige Tagesordnung, wobei er bemerkte, daß alles die Interessen der Bauarbeiter berührende in dieser Tagesordnung enthalten sei. Die Aussprache war lebhaft. Unter anderem wurde der Wunsch geäußert, dafür zu sorgen, daß auf dem Bundesrat gehaltene wichtige Reden durch Rundfunk Verbreitung finden. Ferner wurde scharf verurteilt, daß beim Gewerkschaftshausbau in Frankfurt Baugelder in kapitalistische Taschen gelenkt werden. Nach einem Schlußwort von Stampe wurde eine Entschließung angenommen, in der aufgefordert wird, in allen Baugewerkschaften des Bezirks und spätestens zu Beginn des 2. Quartalsjahres 1931 einen Verwaltungsbeitrag einzuführen. Erwerbslose, keine Unterstützung beziehende Kollegen sollen während der Erwerbslosigkeit wöchentlich 10 bis 20 M. Verwaltungsbeitrag zahlen, vom Bund Unterstützung beziehende Kollegen jede Woche jedoch 50 M. Falls der Bundesrat beschließen sollte, daß beim Unterstützungsbezug der ordentliche Bundesbeitrag in Abzug gebracht wird, soll der Verwaltungsbeitrag für Unterstützung beziehende Kollegen fortfallen. Des ferneren gab der Bezirksrat kund, daß an den zurzeit bestehenden Bundesbeiträgen und auch bei den Unterstützungseinrichtungen unseres Bundes durch den Bundesrat nichts geändert werden sollte; nur die Invalidenunterstützung möge in dem vom Bundesvorstand und Bundesrat be-

antragten Sinne verbessert werden. In die Sachungskommission des Bundesrats wurde Kollege Wilhelm Schneider gewählt. Dann hielt Kollege Jakob Knöfel noch einen kurzgeprägten Vortrag über die organisatorischen Aufgaben im Bezirk und wie sie zu fördern seien. Verwaltung- und Werbearbeit müßten immer auf der Höhe gehalten werden. Der Industrieverbandsgedanke sei zu pflegen. Überall müsse bei der Werbearbeit die große Kulturmission der Gewerkschaften hervorgehoben werden. — Auch dieser Vortrag fand lebhaften Beifall. Zum Schluß wurde der Bezirksvorstand in seiner alten Zusammenfassung einstimmig wiedergewählt.

Bezirksverband Hamburg (Bezirksrat). Unser Bezirksrat wurde am 16. und 17. August im Hamburger Gewerkschaftshaus abgehalten. Außer dem Bezirksvorstand waren 105 Abgeordnete, ferner vom Bundesvorstand Kollege Scheibel anwesend. Nach einer Begrüßung durch den Kollegen Jken gab der Bezirksvorsitzende Kollege W. Möller den Geschäftsbericht für die verfloßenen drei Jahre. Trotz vermehrter Erstellung von Wohnungen hat die durchschnittliche Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr zugenommen. Dauernd gesteigerte Arbeitslosigkeit hat ein dauerndes Anwachsen der Erwerbslosigkeit herbeigeführt. Trotzdem ist die Mitgliederzahl von Jahr zu Jahr gestiegen und erst Anfang 1930 stehen geblieben. Die im Hochbau beschäftigten Berufskollegen sind zu 95 % organisiert. Unsere Organisation im Bezirk ist in jeder Hinsicht schlagfertig. Weniger erfreulich ist, daß die Lokalkassenbestände bei der großen Erwerbslosigkeit stärker in Anspruch genommen werden und bedenklich in der Gesamtschuld abzunehmen drohen. Die Werbetätigkeit darf nicht erlahmen, damit wir in dieser schlechten Zeit die Mitgliederzahl mindestens halten können. — Für alle Fachgruppen sind Verträge abgeschlossen; ihre strengste Durchführung muß eine der vornehmsten Aufgaben unserer Funktionäre sein. Ueber die Jugendabteilungen im Bezirk kann nur Gutes berichtet werden. Der geringe Mitgliederverlust bei den Jugendlichen ist zurückzuführen auf die verminderte Einstellung von Lehrlingen. Das Baudelegiertenwesen wird noch vielfach arg vernachlässigt. Immer wieder unterläßt man auf den kleinen Baufeldern die Bestellung von Delegierten. In dieser Hinsicht ist unbedingt Besserung nötig. Auch unsere Tätigkeit in den Gesellenauschüssen verstärkt betrieben werden. — Die Zahl der Unfälle ist gestiegen, sie hat sich seit 1924 beinahe verdreifacht. Und dies trotz der verbesserten Unfallverhütungsvorschriften! Hierfür kann nur die gesteigerte Arbeitsleistung verantwortlich gemacht werden. Deshalb seien die Kollegen gewarnt, nicht zu arg Raubbau mit ihrem Körper zu treiben. Die Tätigkeit auf dem Gebiet des Rechtsschutzes war durchaus erfolgreich. Eine noch nicht endgültig gelöste Frage ist die Befestigung der Erhebung des Lehrgeldes zur Abdingung der tariflichen Entlohnung des Lehrlings. Auch diese Frage wird zu unseren Gunsten erledigt werden müssen. Die Durchführung von statistischen Arbeiten muß noch mehr Beachtung finden. Die Funktionäre müssen in dieser Hinsicht schneller und präziser arbeiten, sonst kann der Bezirksvorstand seine Verpflichtungen gegenüber dem Gesamtbunde nicht erfüllen. Im übrigen war die Zusammenarbeit zwischen den Baugewerkschaftsvorständen und der Bezirksleitung sehr gut. — In der Aussprache wurde an der Geschäftsführung des Bezirksvorstandes keinerlei Kritik geübt. Man besprach lediglich die sich aus dem Notstand der Wirtschaft ergebenden Dinge. Dem Bezirksvorstand wurde das volle Vertrauen ausgesprochen. Anschließend kam es zu einer einmütigen Kundgebung für den Wahlkampf am 14. September zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei. Am zweiten Verhandlungstage hielt dann der Kollege Scheibel vom Bundesvorstand ein groß angelegtes Referat über die Aufgaben des Bundesrats in Frankfurt. Der Vortrag fand allgemeine Zustimmung. Es wurde einstimmig beschlossen, diesen Vortrag den Mitgliedern im Bezirksverband gedruckt zuzustellen. Die Aussprache nahm einen durchaus freundlichen Verlauf. Es wurde beschlossen, alle Abänderungsanträge in der Vertrags- und Unterstützungsfrage mit Ausnahme der Invalidenversicherung für undiskutabel zu erklären. Einmütig bedauerte der Bezirksrat, daß die Frage der Gehälterregelung erneut durch große Teile der Mitgliedschaft angeknüpft und im „Grundstein“ veröffentlicht worden sei. In der Frage der Lohnpolitik des Bundes stellte sich der Bezirksrat durchaus auf den Standpunkt des bisher Erreichten und auf Fortführung der bisherigen Tätigkeit. Dann berichtete Kollege Möller über die Bauhüttenbewegung im Bezirksverband. Trotz der Wirtschaftskrise kann nur Gutes und ein Fortschreiten der Bewegung festgestellt werden. Von den seit fünf Jahren erhobenen Sozialleistungsbeiträgen und sonstigen Zuwendungen, insgesamt 286 000 M., sind an Ausgaben etwa 9500 M. entstanden; rund 220 000 M. sind den Bauhütten als Beteiligung oder Darlehen zugeführt worden. Bericht und Abrechnung wurden zur Kenntnis genommen, aber auch zugleich beschlossen, vom 1. Oktober an keine Sozialleistungsbeiträge mehr zu erheben. Hierauf wurde Hugo Jken in die Sachungskommission des Bundesrats gewählt, als Revisor der Bundeshauptkasse soll dem Bundesrat Karl Hellmuth vorgeschlagen werden. Als Bezirksvorsitzender wurde Kollege W. Möller einstimmig wiedergewählt, ebenso einstimmig auch der bisherige Bezirksvorstand. Zum Schluß kam es erneut zu einer einmütigen Kundgebung für die Sozialdemokratische Partei. Ursache dazu war, daß das Volkswort, die Hamburger Volkszeitung, auf den Tisch des Hauses gelegt wurde, in der als große Kopfleiste stand: „Eine Million Gewerkschaftsgelder gestohlen!“ Diese mehr als gemeine Art, die Gewerkschaften und ihre Leitungen herunterzureißen, hat den Bezirksrat veranlaßt, durch eine abermalige einmütige Kundgebung das verrückte Gebaren dieser Leute zurückzuweisen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wurde dann der Bezirksrat geschlossen.

Bezirksverband Hannover. (Bezirksrat). Unsere Bezirkskonferenz tagte am 24. August in Hannover. Von 39 Baugewerkschaften des Bezirks waren 37 durch 94 Abgeordnete vertreten. Die Baugewerkschaften Hoffen und Hankensbüttel waren unvertreten. Vom Bezirksvorstand waren 9 Kollegen anwesend, vom Bundesvorstand der Kollege Tönnies. Nach einer Begrüßungsrede des Bezirksleiters, Kollegen Johann Schenk, gab dieser den Geschäftsbericht. Da ein ausführlicher schriftlicher Bericht vorlag, konnte sich der Redner kurz fassen. Er hob hervor, daß die Arbeitslosigkeit in den Jahren 1927 und 1928 im allgemeinen im Bezirk gut war, wengleich immer ein gewisser Prozentsatz arbeitsloser Kollegen vorhanden war.

Seit Ende Juni 1927 hat sich die Mitgliederzahl von 21 109 auf 29 597 am 30. Juni 1930 vermehrt. Die Erfolge unserer Lohnbewegungen bestanden in einer Durchschnittslohnerhöhung um 14 bis 16 %. Zu- und Abgang ist immer noch sehr groß. Wären in der Berichtszeit alle dem Bunde treu geblieben, so wären angefalls der über 20 000 Neueintritte heute im Bezirk über 40 000 Mitglieder vorhanden. Es sei eine Aufgabe der Vorstände, solche Verlustkonten in der kommenden Zeit auf ein Minimum herabzudrücken. Die kleineren Lohnkämpfe im Bezirk wurden sämtlich mit Erfolg für die Kollegen beendet. Die Senkung der geleisteten Beiträge je Mitglied beweise, daß die Erwerbslosigkeit bereits im Jahre 1929 bedenklich groß war; sie wird jedoch bedeutend übertroffen im ersten Halbjahr 1930. Unsere Lokalkassen im Bezirk können einen Zuwachs von insgesamt etwas über 100 000 M. melden. Der geringste Lokalkassenbestand in den einzelnen Baugewerkschaften beträgt 75 M., der höchste 22,35 M. je Mitglied. Im übrigen zeige unser Mitgliederzuwachs, daß die Bewegung in unserem Bezirk gesund genannt werden kann. — In der Provinz Hannover sind nur sechs Baukontrollen vom Staat angestellt, im Staat Braunschweig einer. Von der Bezirksleitung wird darauf gedrängt, daß in Lippe-Dehmold und Schaumburg-Lippe eine Verordnung betreffend Fürsorge für die Arbeiter auf Bauten erlassen wird. Die neuen Unfallverhütungsvorschriften müssen unter Mitwirkung aller Kollegen überall zur Durchführung kommen. — Kollege Drewes berichtete noch im besonderen über die Jugendbewegung im Bezirk. Von 3677 Lehrlingen waren im Jahre 1927 1148 organisiert. Im Juli 1928 wurden 5096 Lehrlinge im Bezirk gezählt, davon waren 2463 organisiert. Inzwischen hat sich die Zahl der Lehrlinge auf 5121 gesteigert, die Zahl der organisierten auf 2923. Das ist ein erfreulicher Aufschwung. Auch die Zahl der Jugendabteilungen ist in der Berichtszeit von 17 auf 29 gestiegen. Die Bezirks-Jugendtreffen sind nach den gemachten Erfahrungen als besonders gutes Werbemittel einzuschätzen. Bei der Einhaltung der tariflichen Bestimmungen müssen die Erwachsenen unsere jugendlichen Kollegen in jeder Weise unterstützen. — Die Berichte wurden debattelos entgegengenommen, dem Bezirksvorstand wurde gegen eine Stimme Entlastung erteilt. Dann sprach Kollege Tönnies vom Bundesvorstand über die Aufgaben des Bundesrats. Dabei behandelte er neben einigen Hauptanträgen an den Bundesrat die verschiedenen, auf dem Bauplatz zu Tage tretenden Erscheinungen. Er betrat auch das politische Feld; seine Ausführungen ergaben, daß alle Bauarbeiter die Pflicht haben, reiflos am 14. September für die Sozialdemokratie zu stimmen. — In der Aussprache wurden vornehmlich die Anträge behandelt, die aus dem Bezirk Hannover an den Bundesrat gestellt worden sind. Einem Teil dieser Anträge wurde nicht zugestimmt; so will der Bezirksrat, daß keine Beiträge erhoben werden von den Kollegen, die Erwerbslosenunterstützung beziehen. Die Invalidenunterstützung möge in der vom Bundesvorstand beantragten Form ausgebaut werden. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, daß an den derzeitigen Beitrags- und Unterstützungsätzen, außer in der Invalidenunterstützung, diesmal nichts geändert werden solle. Einige Redner vertraten einen Abbau an den Gehältern unserer Angestellten. Sie fanden damit jedoch keine besondere Gegenliebe; so wurde der sich in dieser Richtung bewegendes Antrag der Baugewerkschaft Hannover abgelehnt. In die Sachungskommission des Bundesrats wurde der Kollege Heisen, Braunschweig, gewählt. Der bisherige Bezirksvorstand wurde neu bestätigt. Zum Schluß wurde einer Entschließung zugestimmt, in der festgelegt wird, daß die Sozialdemokratische Partei im Deutschen Reichstag stets die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen und zu vertreten bemüht war. Aus dieser Tatsache ergibt sich für alle Mitglieder die Pflicht, in den nächsten Wochen alle Kräfte dafür einzusetzen, daß am Wahltag nur die Liste 1 die Stimmen der Bauarbeiter erhält!

Bezirksverband Königsberg. Wie weit sich zügellose Willkür der Unternehmer bei Behandlung von Arbeiterfragen vorwagt, zeigt folgende Begebenheit im Schiedsgericht für das Drainagegewerbe. Der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes, der Reichsverband Industrieller Bauunternehmungen und der „Reichsverband“ für das Landeskulturbaugewerbe sehen seit 1928 hinsichtlich des Abchlusses eines Akkordtarifvertrages im Drainagegewerbe der Provinz Ostpreußen ihre Tätigkeit darin, daß sie alles daransetzen, um den Abschluß, und wenn das nicht gelingt, die Durchführung des Tarifes zu verhindern. Die Führung nimmt dabei ein Herr Polley ein mit Hilfe seines Konkurrenzverbänders, einer Vereinigung unzufriedener Unternehmer aus dem Tiefbaugewerbe. Dieser Herr will sich einen Namen dadurch machen, daß er noch reaktionärer als die Männer vor ihm die Lohnpolitik im Tiefbaugewerbe zu beeinflussen versucht. Dank diesem Neben war es bisher nicht möglich, eine Neuregelung der Akkordsätze, die am 31. März 1930 abgelaufen waren, zu bekommen. Ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Herrn Amtsgerichtsrats Dr. Niemann stützte, weil das Schiedsgericht sein Vertrauen nicht besaß. Das neue Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Herrn Gewerbetrats Soergel besitzt auch schon wieder sein Vertrauen nicht, denn am 21. August, als es erneut tagte, verließ Herr Polley einfach zusammen mit seinem Verbandskollegen Herrn Michel aus Barkenstein die Sitzung, weil ihm die strenge Sachlichkeit und Objektivität des Vorsitzenden nicht in den Kram paßte. Den beiden anderen Organisationen haben wir nun einen Brief geschrieben. Wir sind gespannt darauf, zu erfahren, wie sie die Rolle ihrer Vertretung und Führung beurteilen werden. Möglich, daß sie nicht wagen werden, es mit dem Polleyverband zu verderben. Wir sandten unterm 25. August an den Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes (Ostpreußen) und den Reichsverband Industrieller Bauunternehmungen, Gruppe Ostpreußen, folgendes Schreiben: „Wir müssen gegen die Handlungsweise Ihrer Vertretung im Schiedsgericht für das Drainagegewerbe, wie sie bei der Sitzung des Schiedsgerichts am 21. August wieder zu beobachten war, auf das entschiedenste Verwahrung einlegen. Nachdem Sie und der Polleyverband es waren, die auf ein Wiederaufleben des Schiedsgerichts bestanden, haben wir in erheblichem Widerstand gegen Lieblich dem zugestimmt, weil allseitig bekundet wurde, die Drainagearbeitskräfte so schnell wie möglich zu Ende zu bringen. In dem jetzigen Vorsitzenden, Herrn Gewerbetrat Soergel, ist wohl ein Mann vorhanden, der auf Grund eigener technischer Kenntnisse und strengster Objektivität sich befleißigt, in unserem

Streit eine Lösung zu bringen. Bis jetzt liegt auch schon vor, daß die Arbeiter nicht auf ihre Rechnung kommen werden. Trotz alledem erlauben sich die Herren Pollex und Michel den ordentlichen Verlauf der Schiedsgerichtssitzung am 21. August dadurch zu unterbinden, daß sie demonstrierend die Sitzung verließen, um damit die Weiterbehandlung unserer Tariffreistfrage unmöglich zu machen. Ein Grund für dieses unqualifizierte Verhalten war nach Ansicht der beiden Herren dadurch entstanden, daß Herr Goergel sich nicht ausschließlich nach den Wünschen des Herrn Pollex richtete, sondern völlig unabhängig und objektiv in der ganzen Sache vorging. Das Verhalten Ihrer Vertretung war somit nicht nur ein höchst verlegendes gegenüber dem Vorsitzenden, sondern auch ein vertragsbrüchiges gegen uns. Da die Herren Pollex und Michel in Ihrem Auftrage Beisitzer des Schiedsgerichts sind, fragen wir an, ob Sie die Handlungsweise dieser Herren billigen und stützen. Wir nehmen an, daß wenigstens Sie noch etwas auf Abmachungen geben und es nicht angängig ist, sich gegebener Versprechungen und Verpflichtungen so zu entledigen, wie es Herr Pollex immer wieder tut. Es ist uns daher sehr erwünscht zu erfahren, ob Sie zusammen mit dem Pollexverband auch künftig die Sitzungen des Schiedsgerichts dadurch unmöglich machen wollen, daß Sie Ihrer Vertretung im Schiedsgericht das Recht einräumen, nach Belieben das Schiedsgericht arbeitsunfähig zu machen oder aufzulösen zu lassen und ob Sie bereit sind, auch ohne Mitwirkung des Pollexverbandes am Schiedsgericht mitzuwirken. Wir erwarten Ihre baldige Antwort. — Die Arbeiterschaft, insbesondere die Dränagearbeiterchaft kann hieraus ersehen, wie trotz aller Sozialgesetzgebung Unternehmerübermut und Unternehmerwillkür von unheilvollem Einfluß auf die Tarifbildungen ist. Diese Leute, die trotz kapitalistischer Wirtschaftskrise ein Herrenleben führen wie kaum je zuvor, leisten sich mit Hilfe läckenhafter oder fehlender Sozialgesetze eine wirtschaftliche Drosselung der Arbeiterschaft, die aufreizend und unerträglich ist. Gerade diesen Vorfällen möge sich die Arbeiterschaft ins Gedächtnis hämmern, denn er zeigt uns, wo wir noch einzusehen haben, nämlich auf politischem Gebiet. Die Unternehmer können eben immer noch Schlichtungsausschüsse, Arbeitsgerichtsbeförden und das Reichsarbeitsministerium für arbeiterfeindliche Machenschaften in erfolgreiche Rechnung stellen. Daher ihr Uebermut. Helft am 14. September diesen Uebermut brechen, wählt nicht bürgerlich, nicht kommunistisch, wählt sozialdemokratisch!

München (Bezirksrat). Unsere Bezirkskonferenz tagte am 9. und 10. August im Münchener Gewerkschaftshaus. Alle Baugewerkschaften waren vertreten, außerdem der Bezirksvorstand und für den Bundesvorstand Kollege Hermann Tönnies. Insgesamt waren 88 Kollegen anwesend. Den Bezirksbericht gab der Bezirksleiter, Kollege Eduard Döbler. Außer in München war die Arbeitslosigkeit im Bezirk in den Jahren 1927 bis 1929 sehr stark. Aber im Jahre 1930 wurden auch die Münchener Kollegen von großer Arbeitslosigkeit heimgeführt. Der durchschnittliche Prozentsatz Arbeitsloser im Bezirk betrug im Juli 1927: 18,8 %, im Juli 1928: 19,6 %, im Juli 1929: 30,1 %, im Juli 1930 sogar 42,8 %. Diese Zahlen beweisen das furchtbare Anwachsen der Arbeitslosigkeit im Jahre 1930. — Seit dem letzten Bezirkstage wurden, soweit die Fälle durch die Bezirksleitung vertreten worden sind, im Prozeßwege für die Kollegen 13 298,74 M. erstritten. Die Mitgliederbewegung zeigte trotz des schlechten Beschäftigungsgrades eine ansteigende Tendenz. Der Mitgliederstand hat sich in den letzten drei Jahren gehoben von 12 159 auf 17 014. Trotz aller Bemühungen der Bauunternehmer, ihrer Syndici und der ganzen kapitalistischen Welt ist es diesen im Jahre 1930 nicht gelungen, die Löhne der Bauarbeiter herabzusetzen. Das sei ein in solcher Krisenzeit nicht zu unterschätzender Erfolg. Mit den kommunistischen Quertreibern ist durch vereinzelte Ausschüsse reiner Tisch gemacht worden. — In der Aussprache wurde die Tätigkeit und der Fleiß der Bezirksleitung anerkannt. Es wurde verlangt, daß das Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit (Abt.: Arbeit) die Ableistung von Ueberstunden unter allen Umständen verbiete. Die gesamte Arbeit muß durch die Arbeitsämter verteilt werden. Die vielfach vorhandene Lehrlingszuchterei wurde scharf verurteilt. In einem Schlußwort stellte Kollege Döbler fest, daß trotz wiederholter Beschwerden wegen der Ableistung von Ueberstunden die Aufsichtsbehörden in den meisten Fällen verjagt haben. Im Gegenteil haben Gewerbe- und Aufsichtsbeamte in einzelnen Fällen eine Verlängerung der Arbeitszeit genehmigt, ohne daß die Betriebsvertretung gehört wurde. — Am darauffolgenden Tage sprach Kollege Tönnies vom Bundesvorstand über die Aufgaben des bevorstehenden Bundestages. Nachdem er die derzeitige Lage und die Vorschläge der Arbeiterschaft und unseres Bundes zur Abmilderung der schweren Wirtschaftskrise geschildert, ging er auf die Fülle der dem Bundesstag vorliegenden Anträge aus den Baugewerkschaften ein. Er trat dafür ein, an den Beiträgen und Unterstützungseinrichtungen nichts zu ändern, außer bei der Invalidenunterstützung, die im Sinne eines Antrages des Bundesvorstandes verbessert werden sollte. Die Hauptaufgabe des Bundestages werde sein die Abwehr der konzentrierten Angriffe der wirtschaftlichen Organisationen des Unternehmertums und jener politischen Parteien, die ihnen dabei Helfershelfer leisten. Gelingt es nicht, bei den Reichstagswahlen am 14. September die Reaktion zu schlagen, dann hat die Arbeiterschaft nichts Gutes zu erwarten. Einmütig hieß der Bezirkstag die Vorschläge des Kollegen Tönnies gut; den Abgeordneten zum Bundesstag wurde ebenso einmütig empfohlen, dort im Sinne der Ausführungen des Kollegen Tönnies zu handeln. Der bisherige Bezirksvorstand wurde mit einer kleinen Ergänzung gegen eine Stimme wiedergewählt. In die Sachverständigenkommission des Bundestages wurde Kollege Franz Schmid, München, gewählt. Kollege Döbler gedachte dann unter allgemeiner Zustimmung der Verdienste des nunmehr in den Ruhestand getretenen Bezirksleiters Franz Hartl. In seiner Schlussrede wies er dann auf die Notwendigkeit hin, daß alle Kollegen mit vereinter Kraft am Ausbau des Bundes mitarbeiten. Darüber hinaus sei notwendig, für die Volkswirtschaft und für die Konsumgenossenschaften einzutreten. Um dies bewerkstelligen zu können, sei in erster Linie nötig, daß in jeder Arbeiterwohnung die Arbeiterpresse ihren Einzug hält. Aber auch unsere politischen Aufgaben dürfen wir nicht vergessen. Wir sehen, in welcher Weise in letzter Zeit die Reaktion einen Anlauf genommen, um der arbeitenden Bevölkerung Steuern aufzuerlegen und die sozialen Einrichtungen zu verschlechtern. Bei dem schweren Wahl-

kampf, der nunmehr ausgebrochen ist, müssen sich alle Kollegen der Sozialdemokratischen Partei zur Mitarbeit zur Verfügung stellen. In diesem Wahlkampf geht es nicht nur um Rechte der Arbeiterschaft, sondern darüber hinaus um die Republik, um Demokratie und Verfassung. Alle übrigen Parteien, obwohl sie sich mehr oder weniger untereinander befeinden, sind dennoch einig im Kampf gegen die Sozialdemokratie. Deshalb sei es ein Gebot der Stunde, die Worte des verstorbenen Theodor Bömelburg: „Gewerkschaften und Partei sind eins“ mit allem Nachdruck wahrzumachen. Jawohl, Gewerkschaften und Partei sind eins! Deshalb am 14. September die Stimme jedes Bauarbeiters und seiner Angehörigen der Sozialdemokratie!

Bezirksverband Nürnberg (Jugendtreffen). Nachdem im Vorjahr ein größeres Bezirksjugendtreffen in Bayreuth abgehalten worden war, versammelten sich in diesem Jahre nur kleinere Gruppen aus den einzelnen Abteilungen unseres Bezirks zu einer gemeinsamen Veranstaltung im Metallarbeiterheim Nürnberg. Insgesamt waren erschienen 187 Kollegen aus 14 Baugewerkschaften. Die Nürnberger erwachsenen Kollegen, die an der Veranstaltung mitteilnahmen, hinzugegerechnet, ergab eine Teilnehmerzahl von über 200 Kollegen. Die Veranstaltung wurde mit einem gemeinsamen Lied, das die Musiker der Nürnberger Jugendabteilung kräftig unterstützten, eröffnet. Darauf begrüßte der Bezirksleiter Kollege Merkel die Erschienenen in einer kurzen, aber eindringlichen und mit großem Beifall aufgenommenen Ansprache, worauf der Hauptpunkt des Programms, die Vorführung unseres Jugendfilms, erledigt wurde. Durch Unterstützung der musikhungrigen Kollegen der Abteilung Nürnberg sprach die fast einviertelstündige Vorführung sehr an. Kollege Niendorf gab dann einige Erläuterungen zu dem Film und betonte, daß das durch den Film Gezeigte das Programm unserer Jugendarbeit sei. Es komme nun darauf an, alle jungen Kräfte in Bewegung zu setzen, um die Arbeit für den Bund so inbaldreich und nachdrücklich wie nur irgend möglich zu machen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen ging es zum Mittagessen und später zu einer Stadtbefichtigung. Die Jugendleiter versammelten sich im Bezirksbureau, wo noch über einige organisatorische Fragen eine Aussprache gepflogen wurde. Darauf geflossen sich die Jugendleiter wieder zu ihren Gruppen, die abends die Heimreise antraten. Abschließend kann gesagt werden, daß die Zusammenkunft zwar nicht nach außen eine so große propagandistische Wirkung gehabt haben mag, wie der Bezirksjugendtag in Bayreuth, daß dafür aber besonders durch die Morgenveranstaltung der Gedanke, für unsern Bund zu streben und zu schaffen, um ein Gutes vertriebt worden ist. Es hat sich besonders gezeigt, daß eine Filmvorführung, die mit guter und passender Musik unterstützt wird, sehr viel zum guten Gelingen einer Veranstaltung beitragen kann.

Aus den Baugewerkschaften

Breslau. (Ausstellung von Jugendarbeitern.) Unsere Jugendabteilung hatte anlässlich des Jugendtreffens für Schlesien auch eine Ausstellung im Breslauer Gewerkschaftshaus veranstaltet. Sie zeigte Darstellungen in arbeits- und tarifrechtlichen Fragen und Ergebnisse der beruflichen Fortbildung. Plakate, Broschüren, die Jugendsachzeitschriften unseres Bundes, ältere und neue Tarifverträge waren zusammengetragen. Neben statistischem Material kündeten Aushänge die Forderungen der Lehrlinge. Die dargestellten Modelle bewiesen die Liebe und Freude unserer Lehrlinge an Kleinmodellen ihres Handwerks. Vor allem interessierten die aus roten Korkeisen hergestellten Backsteinbauwerke, besonders Aufmerksamkeit erregte die Nachbildung eines in Backstein ausgeführten Löwen vor dem Rathaus in Rüstingen. Zum Bau benötigte Materialien in Miniaturgröße und Bruchstücke förderten ebenfalls den Anschauungsunterricht. Der Zuspruch zur Ausstellung war rege, auch ein erheblicher Teil Breslauer Innungsmeister besichtigte die Arbeiten. Dieser Versuch, mit den Zielen und Zwecken unserer gewerkschaftlichen Jugendarbeit nach außen zu dringen, kann als gelungen bezeichnet werden. Er wird ein Ansporn sein, ähnliches und mehr zu erreichen. Die deutsche Republik bedarf eines Nachwuchses, der in jeder Beziehung den kulturellen und beruflichen Aufgaben des Lebens gewachsen ist.

Danzig. (Zahlstelle Neuteich.) Vor 25 Jahren wurde unter schwierigen Verhältnissen in Neuteich eine Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands gegründet. — Gleich nach der Gründung setzte die Agitation ein, um die Unternehmer gegen die organisierten Maurer zu schützen. Aber nicht allein der christliche Bauarbeiterverband sondern auch der katholische Fachverein suchte das Wachstum des jungen Verbandes zu hindern. Mühsam und schwer überwand unser Verband alle Widerstände. Alle wiederholten Versuche, unsere Organisation zu erschüttern, scheiterten an der Einmütigkeit und der Entschlossenheit der Neuteicher Kollegen. — Das 25jährige Bestehen unserer örtlichen Organisation wollten wir nicht unbeachtet vorübergehen lassen. Bereits im vorigen Jahre wurden die ersten Vorbereitungen für eine Jubiläumsfeier getroffen; es wurde beschlossen, einen Beitrag von Dgl. 12.— zu erheben, um die Mittel für eine Fahne zu bekommen. Lange bevor das Geld gebraucht wurde, hatten alle Kollegen ihren Fahnenbeitrag von Dgl. 12.— abgeführt. Vor einigen Wochen wurde das Stiftungsfest gefeiert und gleichzeitig die Fahne geweiht. Nachbarzahlstellen und befreundete Gewerkschaften waren unserer Einladung gefolgt. Die etwa 2300 Einwohner zählende Stadt Neuteich sah an diesem Tage einen Demonstrationszug von gut 2000 Teilnehmern. Es war ein Umzug, wie ihn Neuteich noch nicht gesehen hatte. Die Fahne wurde auf dem Marktplatz vor dem Rathause geweiht, wo der Festzug vom Bürgermeister empfangen wurde. Der Bürgermeister war früher Funktionär des Zimmererverbandes. Er hat mit unserem Kollegen Grünhagen den Organisationsgedanken zuerst in diese Gegend getragen. Kollege Brill hielt die Fest- und Weherede. Er erinnerte an die Vergangenheit und die schweren Kämpfe, die geführt werden mußten und zeigte an Beispielen, daß dem ausblühenden Verbände keine Schikanen erspart geblieben sind. Die Gegner glaubten durch Lokalverteiderei den Verband schwächen zu können. Aber man irte sehr. Was für ein gewaltiger Fortschritt erreicht worden ist, geht

daraus hervor, daß dieselbe Stadt, die uns kein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen geben wollte, weil man uns für Auszügler betrachtete, jetzt einen der Gründer der Neuteicher Zahlstelle zum Bürgermeister hat! 20 Fahnen nagen wurden gestiftet. — Der frühere Gauleiter des Maurerverbandes und jetzige Vizepräsident des Danziger Senats, Genosse Gehl, hielt im Schützenhausgarten eine Ansprache, in der er kurz auf das politische Gebiet einging und daran erinnerte, daß im Maurerverband immer der Grundsatz vertreten wurde, „Partei und Gewerkschaft sind eins.“ An fünf Kollegen sollten Ehrenurkunden verteilt werden; aber nur vier konnten ihre Urkunden in Empfang nehmen. Der fünfte, Kollege Felix Knopf, war schwer an Bluterkrankheit erkrankt. Der Langfuhrer Gesangsverein bot Gesangstücke; es gab auch noch sonst einige Ueberraschungen, bis dann das Gartenfest abends durch Tanz abgelöst wurde. — Der 29. Juni 1930 ist ein Markstein in der Geschichte der Baugewerkschaft Neuteich. Alle Teilnehmer werden sich freudig an diesen Tag erinnern.

Dresden. In der Gegend von Prieschendorf betreibt der Dachdeckermeister Max Lohse eine Fabrik, worin Dachziegel und sämtliches Material für Neubauten angefertigt werden. Er beschäftigt neun Mann, davon sind zwei im Baugewerksbund und einer im Zimmererverband organisiert. Diesen Umstand benutzte Lohse, um die Löhne zu drücken. Lohse mußte schon mehrmals Lohnnachzahlung leisten, trotzdem versucht er es immer wieder. Sein Grundsatz dabei ist: Wer nicht unterschreibt, fliegt! Auch Ueberstunden läßt Lohse schieben. Mit Leuten, die organisiert sind, will der Mann nichts zu tun haben. Sein Hochmut wird sich erst dann legen, wenn er es mit organisierten Kollegen zu tun hat. Deshalb: Organisiert euch!

Greifswald. Im Mai wurde der Neubau der Schule in Weitenhagen ausgeschrieben. Während 17 Angebote zwischen 39- und 41 000 M. lagen, machte der Unternehmer Burmeister ein Angebot von 36 300 M. Leider erhielt er auch den Zuschlag. Daß dieser Unternehmer auf die Knochen der Arbeiter spekuliert hatte, zeigte sich dann auch schon beim Ausschachten. Trotzdem jeder seine ganze Kraft hergab, wurde es dem Unternehmer nie genug. Wehe dem, der etwa zu rätionieren wagte, er bekam am Wochenende unbarmherzig Feterabend. Mit der Zahlung des Tariflohnes ist es bei Burmeister auch nicht weit her. In dem Verträge, den er mit der Gemeinde abgeschlossen hat, steht die Bedingung, daß Arbeitskräfte, soweit vorhanden, aus der Gemeinde Weitenhagen einzustellen sind. Prompt zahlte der Unternehmer den Bauhilfsarbeitern 10 % weniger, obwohl die Kollegen nachweisen konnten, daß sie bereits vier Monate im Bauberuf tätig waren. Obwohl Arbeitskräfte in Hülle und Fülle zur Verfügung standen, mußten die Hilfsarbeiter nach Feterabend noch Kalk lösen. Auch hier legte der Unternehmer den Tarif nach seinem Geschmack aus, statt 50 % zahlte er nur 5 % Aufschlag. Das Arbeitsgericht wird sich noch mit dieser Sache befassen. Leider sind nur 3 Kollegen organisiert, nur diese drei haben den Mut, den Unternehmer zu verklagen. Auch der Bauarbeiterausschuß läßt bei Burmeister viel zu wünschen übrig. Die Rüstbretter, aus Fichtenholzbletern geschnitten, sind nur 2 bis 3 Zentimeter stark. Ein Arbeiter brach durch und mußte drei Tage feiern. Die Baubude ist bei einer Beleggröße von 20 bis 30 Mann 2x2,50 Meter groß. Solche Zustände sind nur möglich, wo die Belegschaft schwach organisiert ist. Organisiert euch! Das ist das beste Mittel, um Abhilfe zu schaffen!

Kreuznach. Nachdem schon seit Oktober 1929 im Bezirk Nahe eine anhaltende Arbeitslosigkeit im Baugewerbe besteht, scheint es sich im Spätsommer etwas zu bessern. Hunderte von arbeitslosen Bauarbeitern aus der näheren und weiteren Umgebung überlaufen die Unternehmer, um sich — wie die Unternehmer sagen — um jeden Preis anzubieten. Die meisten der nachfragenden Bauarbeiter rekrutieren sich aus der nahen Vorderpfalz. Nicht allein Bauarbeiter, sondern auch kleinere Unternehmer sammeln sich hier an; es sieht aus, als ob wir Zustände bekämen, ähnlich den in der Inflation bestandenen im Saargebiet. Bis jetzt haben wir stets den Standpunkt der Freizügigkeit vertreten, wir werden auch weiterhin auswärtigen Arbeitern das Recht auf Arbeit nicht streitig machen. Sollten aber Auswüchse, wie sie sich jetzt einzuschleichen drohen, nicht aufhören, dann bleibt der Bauarbeiterverband im Bezirk Nahe nur übrig, Mittel und Wege zu finden, die Dinge abzustellen. Die Bauarbeiter in Kreuznach und Umgebung sind nicht gewillt, auf die Dauer diesen Zustand zu ertragen. — In nächster Zeit sollen einige Bauten der Gesellschaft „Gagfah“ in Angriff genommen werden; sie werden von drei hiesigen Unternehmern ausgeführt. Die Herren glauben schon jetzt, den nachfragenden Bauarbeitern erklären zu können: „Tariflohne werden nicht gezahlt.“ Auf die Frage, ob sie überhaupt oder wieviel sie zu zahlen gedächten, wurde erklärt, darüber sei man sich noch nicht einig. Aber wir fragen schon jetzt an: Hat die Leitung der „Gagfah“ in die Verträge die Klausel zur Zahlung der bestehenden Tarife eingefügt? Wir sind begierig auf Antwort. — Bauarbeiter von Kreuznach und Umgebung! Laßt euch eure Ergründungen nicht rauben, seid auf der Hut, stärkt unseren Bund! Dann werden wir die Nachgelüste der Unternehmer abzuwehren wissen!

Löbau. (In Ebersbach brennt's!) Im Bereich unserer Baugewerkschaft besteht seit jeher das Akkordverbot. Es ist außerdem erfreulich, daß sich jeder Kollege daran hält. Im Vorjahre glaubten einige Mitglieder allerdings schnell reich werden zu können, indem sie versuchten, einmal so'n ganz kleines bißchen Akkord zu schustern. Das wurde aber selbstverständlich von unserem Vorsitzenden sofort aufgeschnuppert. „Und aus wars mit der Freid!“ Der Gesamtvorstand sah sich dann gezwungen, um das Uebel an der Wurzel zu packen, jeden dieser Helden mit einer fühlbaren Geldstrafe zu belegen. „Ein ganzes Jahr und noch viel mehr!“ ist seitdem gegangen. Aber ausgerechnet im Krisenjahr 1930 entfinnt sich wieder ein Patentmensch auf den „Segen“ der Akkordarbeit. In diesem Falle ist es aber ein Unternehmer, Herr A. O. Scholz in Jittau. Er möchte unsere Kollegen mit einer neuen Arbeits- und Entlohnungsmethode beglücken und verspricht in einem sogenannten „Arbeitsvertrag“, den er mit jedem einzelnen Maurer und Hilfsarbeiter abschließt, den Himmel auf Erden. Seine theoretischen Akkordsätze hat er bereits 4- bis 5mal reformiert. „Reformen“ sind ja heute modern geworden. Nun wollen aber unsere Kollegen von solchen

Reformen nichts wissen, sie haben Herrn Scholze und seinen Trabanten gezeitigt, „wo Bartel den Most holt“. Trotzdem ließ sich Herr Scholze von unserem Vorstehenden nicht belehren, daß es vergebliche Liebesmühe sei, diese Art Spekulation im Löbauer Gebiet durchzuführen. Unsere Mitglieder geben sich selbst in dem Jahr der schlimmsten Wirtschaftsdpression nicht zu Versuchskaninchen her. Daran ändert auch der eingeschriebene Brief an unseren Vorstehenden Herold nichts, den sich Herr Scholze lururiöserweise geleistet hat. In dieser „Verordnung“ verbietet er uns, unser Androhung einer Klage wegen Schadenersatz, irgendwelche Maßnahmen. Nun hat aber ein Bauunternehmer gar keine Befugnis in unsere Dispositionen hinein-zureden. Wir können uns von ihm auch nicht vorschreiben lassen, wie wir ihm am wirksamsten entgegenwirken können. Jedenfalls hat der Spekulant Scholze seinen Bau noch nicht fertiggestellt, denn die in Zittau und Umgebung geworbenen 6 Maurer haben es vorgezogen, nachdem sie einen Tag gearbeitet hatten, in ihren heimatischen Gefilden zu bleiben. Wir raten auch allen Kollegen, ja nicht auf die Baustelle des Baupredikanten Scholze nach C e r s b a c h - N e u g e r s d o r f zu kommen, da Herr Scholze ein vernünftiges Arbeiten durch seine Löhne und sein Verhalten unmöglich macht. Außerdem dürfte auch jeder anständige Kollege einsehen, daß es unmöglich ist, in einem Gebiet, wo es bei 750 Mitgliedern 500 erwerbslose Kollegen gibt, in Akkord zu arbeiten. Es wäre unter diesen Verhältnissen schade um das Jahrgeld nach hier. Es lohnte sich wirklich nicht, nach diesem einfüßigen Bau eine längere Reise zu unternehmen. Herr Scholze bramabariert, Maurer, so viel er wolle, aus Hamburg zu bekommen. Nur zu!

Magdeburg. Die kommunistische „Tribüne“ brachte kürzlich in großer Aufmachung zum Ausdruck, die Bauarbeiter Magdeburgs hätten einstimmig beschlossen, am 14. September nur der kommunistischen Liste ihre Stimmen zu geben und für den kommunistischen Wahlfonds zu werben. Wir wollen das Volkswortblatt um seinen Köhlerglauben nicht beneiden. Das Geschreibsel ist Lug und Trug. Unsere Baugewerkschaft zählte am 30. Juni in 62 Zahlstellen 6098 Mitglieder. Jede der Zahlstellen führt ein selbständiges Organisationsleben. In einer Zahlstellenversammlung, die von 60 Mitgliedern besucht war, riefen nun am 19. August die Kommunisten das Maul wieder einmal sehr weit auf. Der Zahlstellenvorsitzende ließ sie ruhig ausatmen. Seelenruhig nahm er ihre Anträge entgegen und ließ durch Sandhochheben feststellen, wieviel Kommunisten oder deren Mülkäufer überhaupt anwesend waren. Es erhoben sich ganze 25 Hände für das Bekenntnis, am 14. September der Liste 4 die Stimme zu geben und einen Stundenlohn als Beitrag für den kommunistischen Wahlfonds zu opfern. Das nennt man „Erfolg“! Die 25 Stimmen seien den Volksworten gegönnt. Dafür aber werden etwa 6000 Mitglieder unserer Baugewerkschaft, entsprechend der Stellungnahme unseres Bezirksrates, die sozialdemokratische Liste wählen. Die Bauarbeiter wissen, was sie von den bolschewistischen Drahtziehern zu halten haben und stehen bis auf die paar Aufschneider geschlossen zur Sozialdemokratie!

Mülheim-Ruhr. Von Zeit zu Zeit liest man, daß die mit der Demog, der GGG und anderen gemeinnützigen, aus der Arbeitererschaft hervorgegangenen Institutionen getroffenen Abmachungen bei der Vergabe von Bauten nicht eingehalten werden. Ist es schon mehr eine Groteske, wenn Gewerkschaften und Ortsausschüsse des DGB, ihre Bauten durch private Unternehmer herstellen lassen, so ist es nicht minder verwerflich, wenn Konsumvereine und die GGG, in demselben Fahrwasser segeln. Der Konsumverein „Eintracht“ ist bei seinen Vergabungen von Bauten und Anstreicharbeiten in dieser Richtung bekannt, darüber wäre schon gar nichts mehr zu reden. Jetzt wird in Düsseldorf eine große Fleischwarenfabrik errichtet. Wie wir hören, ist daran auch die GGG beteiligt. Bei der Ausschreibung der Arbeit hatte auch die Bauhütte „Ruhrkohlenbezirk“ mit eingereicht. Obgleich vor einer Vergabe nach Einreichung der Preisanschläge im Bedarfsfalle aufgefördert werden soll, die mitbewerbende Bauhütte solle den Preis dem des Privatkonzurrenten angleichen oder die Gründe der Differenz angeben, ist dies in diesem Falle wieder einmal nicht geschehen. Ohne weiteres erhielt die Firma J. C. Granderrath & Co., Düsseldorf, diese Arbeit. Die GGG teilt nun mit, die Vergabe der Arbeit sei auf besondere Befürwortung des Konsumvereins geschehen, der selbst in umfangreichem Maße als Bauherr fungiere und deshalb mit den in Frage kommenden Verhältnissen vertraut sein müsse. Insbesondere habe der Konsumverein darauf hingewiesen, daß nur bei Vergabe der Arbeit an eine Düsseldorfer Firma dafür Gewähr geboten sei, daß Düsseldorfser Erwerbslose in Arbeit kommen, woran dem Verein naturgemäß liegen müsse. Ein Vorwurf der Bauhütte „Ruhrkohlenbezirk“ müsse sich aus diesem Grunde gegen den Konsumverein Düsseldorf richten. Auch die Konsumvereine im Ruhrbezirk sind an den Bauhütten direkt beteiligt, so daß man sich auch deshalb dort in wenden könne. Von Entscheidung war — so teilt die GGG mit — bei der Vergabe, daß die Bauhütte „Ruhrkohlenbezirk“ sowie die Deutsche Bauhütte mit ihren Preisen derartig über dem Mindestfordernden lagen, daß eine weitere Verhandlung zwecklos erscheinen mußte. — Diese Auskunft befriedigt nicht recht. Wir wissen, daß in diesen Krisenzeiten Kalkulationen eingereicht werden, bei denen man sich schlechterdings fragen muß, ob bei solchen Preisen überhaupt eine Gewähr für gute Arbeit und Einhaltung der Tarifbedingungen gegeben ist. Jedenfalls ist dem Düsseldorfser Konsumverein der Vorwurf nicht zu ersparen, daß er nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, um mit den sozialen Baubetrieben doch noch zu einem annehmbaren Ausgleich zu kommen. Solche Vorkommnisse wirken sich schädigend für die Genossenschaftsfrage aus; denn wenn genossenschaftliche Spitzen mit genossenschaftlichen Unternehmungen anderer Art in dieser Weise umspringen, dann erhält der Genossenschaftsgedanke einen fühlbaren Stoß; denn man muß unter solchen Umständen ein wahres genossenschaftliches Handeln vermissen. Man kommt dann zu dem Schluß, daß sich auch bei Genossenschaften ein ungesundes Gewinnstreben breitmacht, das bedenklich an die Allüren privatkapitalistischer Unternehmer erinnert.

Rottach. (Unternehmerwillkür). Beim Baugeschäft Degano Gmund waltet der Bauführer Geier den Arbeitern gegenüber mit einer Rücksichts- und Taktlosigkeit seines Amtes, wie es wohl selten zu finden ist. Gearbeitet wird von 5 Uhr früh bis abends 7 Uhr. Wer sich dagegen auflehnt, wird auf die Straße gesetzt. Mangel an Arbeits-

kräften zwingt gewiß nicht zu dieser Maßnahme, denn auch bei uns gibt es eine große Anzahl arbeitsloser Bauarbeiter. Bei jeder Gelegenheit kann man die Unternehmer und auch sonst in bürgerlichen Kreisen in der heftigsten Weise über die Arbeitslosenversicherung schimpfen hören. Aber die Unternehmer selbst tragen durch unsoziales Verhalten mit dazu bei, daß das Meer der Arbeitslosen immer größer wird. Herr Geier glaubt, bei der Not, die heute unter den Arbeitern herrscht, hervorgerufen durch oft langwährende Arbeitslosigkeit, sich alles erlauben zu können. — Auch auf der Baustelle der Augsburg-Firma Hosp wird 10 bis 11 Stunden täglich gearbeitet. Und wie es manche Unternehmer verstehen, sich von den Sozialbeiträgen zu befreien, davon nur ein Beispiel: Herr Peter Rirner jr., Installationsgeschäft in Rottach, hatte seine Arbeiter in der Krankenkasse und in der Arbeitslosenversicherung 1 bis 2 Stufen niedriger angemeldet als dem tatsächlichen Arbeitsverdienst entsprechend. Die Beiträge wurden auch gemäß der Meldung eingezahlt. Erst als die Arbeiter entlassen wurden und mit den Arbeitsbefähigungen zur Krankenkasse kamen, wurde das seltsame Spiel aufgedeckt. Zugleich wurde aber auch offenbar, daß Herr Rirner den Arbeitern den richtigen, also einen höheren Beitrag als den abgezogenen vom Lohne abgezogen hatte und zwar so, daß die Arbeiter auch den auf den Unternehmer entfallenden Beitragsanteil zum größten Teil haben mitbezahlen müssen. — Den Bauarbeitern rufen wir zu: Sinein in eure Organisation, den Baugewerksbund, schließt die Reihen! Nur eine starke Organisation kann euch schützen vor Ausbeutung und Unternehmervillkür. Lebt Solidarität und Kollegialität. Verweigert Ueberstunden, wo nicht die unbedingte Notwendigkeit für sie gegeben ist. Es gibt arbeitslose Kollegen genug, die gerne arbeiten würden! Ihnen Verdienstmöglichkeiten mitzuschaffen zu helfen, sollte sich jeder Bauarbeiter zur Pflicht machen.

Wittenberg. (Schwindelagitation des sogenannten Industrieverbändlers Krüger.) Am 9. August hielt der vom „Industrieverband“ angestellte Agitator Krüger in Seyda eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung ab. Da er nicht recht weiß, wie er die Kollegen des Baugewerksbundes zu sich heranziehen soll, versucht er es auf eine ganz grobe und schwindelhafte Weise. Mit den Vorkommnissen in der Baugewerkschaft kann er zu seinem größten Bedauern nicht mehr agieren, weil während seiner kurzen Tätigkeit leider auch schon erhebliche Summen untergeschlagen worden sind. Nun versucht er die Taktik des Baugewerksbundes auf die gemeinste Weise in den Schmutz zu ziehen. So berichtet er in Seyda, daß der DGB den Tiefbauarbeitern in Annaburg in den Rücken gefallen sei. Richtig ist, daß die Angestellten des DGB den Streik für berechtigt erklärten, Verhandlungen mit dem Unternehmer aufnahmen und für die Kollegen folgendes Ergebnis herausholten: Garantie des Tariflohnes plus 12 % Wasser- und Schlammzulage zu dem Tariflohn, und Garantie für 25 % Mehrverdienst bei Akkordarbeit. Bisher hatten die dort arbeitenden Kollegen zum Teil nicht einmal den Tariflohn bekommen. Krüger verfuhr sich in die Reihen des DGB, zu stellen, was aber strikt abgelehnt wurde. Weiter verleumdete Krüger den DGB. Er soll angeblich den Streik der Diesterlitzer Sportplatzarbeiter nicht gebilligt haben. Richtig ist, daß dort Notstandsarbeit ausgeführt wird und die dort arbeitenden Kollegen nur zu 25 % organisiert sind. Als nun laut wurde, daß der Fürsorgeverband später von denen von der Wohlfahrt zugewiesenen Kollegen für jeden Tag 2,75 M einziehen werde, hatte Krüger und Genossen nichts eiligeres zu tun als hinter dem Rücken der Gewerkschaften den Streik zu organisieren. Die in den freien Gewerkschaften organisierten Kollegen, die aber in der Minorität waren und empfohlen hatten, die Maßnahmen des DGB abzuwarten, sowie überhaupt erst einmal die hiesige Leitung des DGB in Kenntnis zu setzen, wurden nicht beachtet und bei der Streikabstimmung mit 75 % Mehrheit übertrumpft. Ungeachtet des wilden Streiks verhandelten die Gewerkschaften, der DGB und der FZV mit der zuständigen Behörde, mit dem Erfolg, daß die Einziehung der Gelder unterbleibt. Dem Industrieverbändler Krüger zur Antwort, daß sich die freien Gewerkschaften von industrieverbändlerischen und kommunistischen Drahtziehern keinen Streik aufdiktiert lassen, sondern selbst wissen, wann Kampfmaßnahmen zu ergreifen sind. Den Höhepunkt der verlogenen und erstunkenen Verleumdung erreichte dieser Krüger aber, indem er der Versammlung weiß machen wollte, ein im DGB organisierter Kollege wäre dort im Büro gewesen und wollte seinen Lohn, den er nicht ausgezahlt bekam, ausklagen lassen. Die Angestellten des DGB hätten ihm aber die Tür gewiesen. Wir fordern Krüger auf, uns die Beweise hierzu zu bringen und uns den Kollegen namhaft zu machen. In 3 Monaten haben die Angestellten des Baugewerksbundes 18 Klagen mit Erfolg durchgeführt. Es wäre für sie eine Ehre, auch noch eine 19. Klage zu vertreten. Ein klar denkender Mensch begreift ohne weiteres, daß Krügers Art neue Mitglieder zu werben, nur für unaufgeklärte und stupide Arbeiter ein Lockmittel sein kann. Wir, die wir im Baugewerksbund organisiert sind, wissen, was wir an den freien Gewerkschaften haben und was sie für uns tun und bedeuten. — Der sogenannte Industrieverband kann für die Arbeiter nichts tun, weil er keine anerkannte Organisation ist. Er kann nur das Geld von den Arbeitern nehmen. Dafür predigt er schon jahrelang, daß er bald anerkannt werden wird und seine Anhänger hoffen wie der orthodoxe Jude auf das Erscheinen eines Messias. — Kollegen, laßt euch von Krüger keine Schwindelmärchen erzählen, sondern haltet fest an der durch jahrelange Mühe, Arbeit und Kampf von unseren alten Kollegen aufgebauten Organisation!

X Aus den Fachgruppen X

Töpfer und Fliesenleger.

Wie Arbeitsämter Arbeit vermitteln. Am 22. Mai sandte das Arbeitsamt Mergentheim an mehrere Arbeitsämter Süddeutschlands ein Stellenangebot für einen Ofenseher. Im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart, Heilbronn und Würzburg wurde auf dieses Angebot aufmerksam gemacht. Jeder sich Bewerbende erhielt aber die Antwort, die Stelle sei leider schon besetzt. Ein Kollege begnügte sich mit dieser Antwort nicht; er erkundigte sich, wo die Stelle frei war und erfuhr, daß es in Wertheim a. M. sei. Der Kollege fuhr hierauf am 26. Mai nach Wertheim; er erhielt von dem Meister die Auskunft, er stelle jetzt keine Leute ein, er

habe auch noch keinen Kollegen eingestellt, weil er keinen bekommen habe. Er habe Anfang April deswegen beim Arbeitsamt angerufen und zur Antwort erhalten, man habe dort keinen arbeitslosen Ofenseher; dann habe er noch mehrmals an das Arbeitsamt geschrieben, aber keine Antwort erhalten. Hierauf habe er am 5. Mai das Angebot abbestellt. Man beachte: Der Meister hat sich einen Monat lang um einen Ofenseher bemüht, schrieb dann am 5. Mai ab und erst am 22. Mai versuchte das Arbeitsamt die Stelle zu besetzen. Wenn überall in den Arbeitsämtern so gearbeitet wird, dann können arbeitslose Kollegen lange auf Arbeit warten!

Kachelöfen in Kleinwohnungen. Zur verstärkten Förderung des Wohnungsbaues hat bekanntlich das Reich 100 Millionen Mark zusätzlich für Hauszinssteuerhypothen bereitgestellt. In den Richtlinien des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt wird bestimmt: „Die Anlage zentraler Gemeinschaftseinrichtungen, wie Sammelheizung, Sammelwarmwasserbereitung, maschinelle Gemeinschaftswaschküche, kommt nicht in Betracht. Auf die Einrichtung von Bädern in den einzelnen Wohnungen wird zu verzichten sein. Duschanlagen sind zulässig.“ Wird dieses Bauprogramm allgemein durchgeführt, so muß der Kachelofen wegen seiner Vorzüge in den neuen Kleinwohnungen wieder größere Verwendung finden. Bekanntlich wurde der Kachelofen in den letzten Jahren auch in Kleinwohnungen vielfach völlig ausgeschaltet.

Schwedische Kachelöfen in Berlin. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin hat trotz der großen Arbeitslosigkeit in der Kachelofen-Industrie gefordert, daß 8000 schwedische Kachelöfen gesetzt werden dürfen. Auf Vorstellung aus den beteiligten Kreisen hat nunmehr Stadtbaurat Dr. Wagner der mit öffentlichen Mitteln arbeitenden Bauherrenschaft in einem Rundschreiben aufgegeben, „bei Abschluß der Bauaufträge den General- und Einzelunternehmern die ausdrückliche Verpflichtung aufzuerlegen, in allen Titeln der Verbindungen nur inländisches Material zur Verwendung zu bringen, wo die deutsche Produktion dieses Material in gleicher Menge und Güte herstellt.“ Es wird ferner in dem Schreiben gesagt, es sei in diesen Zeiten größter Arbeitslosigkeit nicht mehr zu verantworten, wenn ausländische Materialien in solchen Fällen verwendet werden, obwohl deutsche Erzeugnisse in gleichen Mengen und Qualität von den heimischen Erzeugern geliefert werden können. — Das hier angeführte Beispiel sollte überall Nachahmung finden.

Großenhain. Am 18. August besaßte sich eine stark besuchte Versammlung mit der Kündigung des Hilfsarbeiter-Tarifs der Firma Graemer. Herr Graemer will dem Beispiel von Meißen folgen, wo leider im Einverständnis mit dem Fabrikarbeiter-Verband vom 1. August an die Hilfsarbeiterlöhne um 5 % gekürzt wurden. Herr Graemer hat nun die Hilfsarbeiterlöhne ebenfalls gekündigt und zwar zum 31. August. Er gibt für dieses Vorgehen wirtschaftliche Gründe, vor allem Konkurrenzgründe an. In unserem Hilfsarbeiter-Tarif befindet sich jedoch ein Passus, wonach die Löhne der Hilfsarbeiter prozentual steigen und fallen mit den Löhnen der Töpfer. Deshalb ist diese Kündigung unverständlich. Auch steht es nicht so schlimm mit der wirtschaftlichen Not der Fabrikanten, zahlte doch im vorigen Jahre eine Meißener Ofenfabrik 14 % Dividende. Kollege Hü r i g von der Bezirksleitung teilte unter anderem mit, daß auch in Ramenz die Hilfsarbeiter im Streik stehen. Alle Redner wandten sich gegen eine Herabsetzung der Löhne. Es wurde beschlossen, gegen den drohenden Lohnabzug alle gewerkschaftlichen Maßnahmen zu ergreifen. Dann wurde noch auf die Jubilarsfeier am 13. September im „Sachsenhof“ aufmerksam gemacht. Erwerbslose haben freien Zutritt. Ferner wurde auf die Reichstagswahl hingewiesen; für jeden Kollegen kann am 14. September nur die Liste 1 in Betracht kommen. Es wurde auch darauf verwiesen, bei Entlassung den Anspruch auf Ferien geltend zu machen, was von den Kollegen vielfach veräußert wird. Ueber die schlechte Ventilation im Kollerraum der Ofenfabrik soll das Gewerbeaufsichtsamt unterrichtet werden.

Hannover. Die Versammlung der Fachgruppe der Fliesenleger am 27. Juli war gut besucht. Durch ihre gute Organisation sind die Fliesenleger auch in der Lage, dafür zu sorgen, daß der Tarifvertrag reiblos durchgeführt wird. Von einigen Firmen werden jedoch immer wieder Versuche gemacht, hier und da den Tarif zu umgehen. Häufig versucht man die Kollegen zu überreden, bei auswärtigen Arbeiten auf die Auslösung zu verzichten. „Man habe die Arbeit ganz billig übernehmen müssen und habe es in der Hauptsache nur getan, um für die Fliesenleger Arbeit zu beschaffen.“ Erfreulicherweise werden überall derartige Versuche ohne weiteres zurückgewiesen. — Ein ganz besonderes Stücken leistete sich der Angestellte Dorfmond von der Firma Gebr. Mehring. Er erzählte den Fliesenlegern, daß sie Aufträge genügend herein bekommen könnten; aber der Tarif sei zu hoch, für diese Preise wäre es nicht möglich Aufträge zu bekommen. Es müßte unbedingt abgebaut werden. Die Fliesenleger saßen das als Scherz auf und erklärten, Herr Dorfmond möge nur Aufträge hereinholen. Die Firma erhielt dann auch die Arbeiten im Städtischen Krankenhaus I Hannover. Bei der ersten Lohnzahlung kam Herr Dorfmond her, öffnete auf den Baustellen die bereits im Bureau fertigmachten Lohnkäten und nahm aus jeder Tüte 20 % des Betrages heraus. Dagegen erhoben jedoch die Fliesenleger sofort Protest, auch unser Obmann griff bei der Firma selbst ein, mit dem Ergebnis, daß das Geld wieder zurückgestattet wurde. In diesem Fall muß wohl ohne weiteres angenommen werden, daß die Firma mit dem Vorgehen ihres Angestellten einverstanden war, denn hätte er aus eigenem Antrieb oder gar für seine Tasche dies Geld herausnehmen wollen, hätte sie ihn doch sofort wegen Unredlichkeit entlassen müssen. Diefelbe Firma versucht nun aber auf andere Art und Weise die Löhne zu drücken, sie übergibt die Arbeit einem Zwischenmeister und zwar einem Bauunternehmer, der nunmehr die Arbeiten von Mauern auszuführen läßt. Diese Mauern sollen aber nur den Maurerlöhnen bekommen. So versucht die Firma, die Arbeiten billiger ausführen zu lassen. Auch hiergegen ist bereits protestiert worden. Die Schlichtungskommission wird sich in den nächsten Tagen mit dieser Frage beschäftigen. Auch andere Firmen haben den Versuch unternommen, ihre Arbeiten durch Zwischenmeister ausführen zu lassen. Wenn auch hier nicht der Versuch gemacht wurde, niedrigere Löhne zu zahlen, so wurden doch die Fliesenleger dadurch geschädigt, daß sie einen Teil ihres Lohnes überhaupt nicht

bekamen. Die Klagen vor dem Arbeitsgericht hatten wohl zum Teil Erfolg, aber leider war bei den Betroffenen nichts zu holen. Deshalb beschäftigte sich unsere Verammlung eingehend mit dieser Frage und beschloß, daß künftig kein Fliesenleger bei einem Zwischenmeister arbeiten darf. Weiter wurde noch ein Beschluß gefaßt, daß kein Fliesenleger Arbeiten, für die im Tarif keine Akkordpreise vorgesehen sind, ausführen darf, ohne sich mit unserm Fachgruppenobmann über den zu fordernden Preis zu verständigen. Damit soll erreicht werden, daß auch keine Preisdrückereien vorkommen. Wir möchten alle Kollegen, vor allem die, die in der Versammlung nicht anwesend waren, nochmals ersuchen, genau nach unseren Beschlüssen zu handeln und Verstöße dagegen sofort unserer Bau-gewerkschaft zu melden.

Allgemeine Rundschau

Tagung der Innungskrankenkassen. In Chemnitz tagte am 25. und 26. August der Hauptverband Deutscher Innungskrankenkassen. Von 328 Innungskrankenkassen, die die Tagung besichtigt hatten, waren 188 Unternehmer-, 165 Versicherungsvertreter und 174 Geschäftsführer anwesend. Aus der Zusammenfassung ist schon zu erkennen, daß der Einfluß der Unternehmer bei den Innungskrankenkassen vorherrschend ist. Trotzdem selbst nach dem Bericht des Geschäftsführers von den angeschlossenen Innungskrankenkassen in 48 % die Arbeiter die Hälfte des Beitrages, und in 52 % aller Kassen 1/3 des Beitrages zahlen müssen. Schon aus dieser Feststellung ergibt sich ohne weiteres, daß die Versicherungsvertreter auf der Tagung, entsprechend ihrer Beitragsleistung einen überwiegenden Einfluß ausüben mußten. In diesem Jahr ist es zum erstenmal gelungen, dem Hauptverband der Innungskrankenkassen zu zeigen, daß die Versicherer nicht mit der Geschäftsführung des Vorstandes einverstanden sind. Der Geschäftsführer Dr. Estensfeld verfuhr in einer pathosreichen Rede die Notverordnung des Reichspräsidenten über die Krankenversicherung schmähhaft zu machen. „Man sollte sich freuen“, meinte Dr. Estensfeld, „daß sich Männer zur Verfügung gestellt haben, die den Mut besaßen, die Regierung weiterzuführen und die durch die Auflösung des Reichstages nicht zur Abstimmung gekommene Reform der Krankenversicherung durch den Reichspräsidenten auf dem Verordnungswege durch Artikel 48 der Reichsverfassung zum Gesetz zu erheben“. Die Behauptung, der Geschäftsführer Lehmann vom Hauptverband Deutscher Krankenkassen sei der Vater der Notverordnung, wurde selbstverständlich auch von Dr. Estensfeld erhoben. Unter anderen Vorträgen begegnete auch der Vortrag des Geschäftsführers Borch, Bonn, über „Die Innungskrankenkassen in ihrer ethischen und wirtschaftlichen Bedeutung für das deutsche Handwerk und für die Sozialversicherung im allgemeinen“ den Widerspruch der Versicherungsvertreter. In diesem Jahre haben die Versicherungsvertreter der Innungskrankenkassen zum ersten Male in einer vom VOB einberufenen Vorbesprechung Stellung zu der Tagung genommen, wobei eine einheitliche Auffassung aller Versicherungsvertreter zum Ausdruck kam. Ihre ablehnende Auffassung zu der Notverordnung brachten sie in einer Erklärung der Tagung zur Kenntnis. Bei der Zusammenfassung der Tagung ist selbstverständlich der bisherige Vorstand wiedergewählt worden. Ueber einen Antrag der Versicherungsvertreter, die forderten, daß in der Sachungskommission 3 Versicherungsvertreter gewählt werden und die Geschäftsführer der Kassen nur mit beratender Stimme teilnehmen sollten, wurde nicht abgestimmt. Man glaubte, hinter verschlossenen Türen ungestört tagen zu können, indem man die Presse nicht zuließ. Aber, es wird den Innungskrankenkassenbegeisterten Unternehmern nichts

empfangern auf über 420 000 erfahren. Somit werden insgesamt 1 915 000 Arbeitslose unterstützt. Zieht man diese Ziffer von der Zahl der bei den Arbeitsämtern verfügbaren Arbeitslosen ab, so ergibt sich, daß 730 000 Arbeitslose ohne Unterstützung sind. Der Rückgang bei den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung erklärt sich also daraus, daß zahlreiche Arbeitslose aus-gesteuert waren und keine Unterstützungsansprüche mehr stellen können. Nicht nur die Zahl der Arbeitslosen, sondern auch Feiertage und Kurzarbeit haben zugenommen. Eine sichtbare Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung wäre das jedenfalls nicht.

Die Ohnmacht der RGO. im Baugewerksbund. Bei unseren Wahlen zum Bundestag sind trotz intensiver Hei-arbeit der Volkswirtschaft in allen 18 Bezirken unseres Bundes für die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ oder deren Kandidaten insgesamt 4089 Stimmen abgegeben worden. Ein jämmerliches Resultat, das noch nicht einmal 1 % unserer Mitgliederzahl ausmacht!

Der Kapitalismus auf dem Wege nach Canossa. In seinem Buche „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ kennzeichnet Professor Bonn die Zweipoligkeit des Kapitalismus folgendermaßen: „Die deutsche Wirtschaft steht heute schon mitten in einem Staatssozialismus, in dem der Staat in seinen verschiedensten Formen Kapitalbildung und Kapitalbezug regelt. Die Wirtschaftsführer greifen die Grundsätze dieses Staatssozialismus in leidenschaftlicher Weise an, wenn es sich um allgemeine Grundsätze handelt. In den einzelnen Zweigen des Wirtschaftslebens aber, ja selbst bei einzelnen Unternehmungen — wenn es sich um Subventionen handelt — billigen sie nicht nur die Rentabilitätsverschiebungen, die jede Schutzpolitik sich zur Aufgabe macht; sie sehen darin geradezu das Ziel der Wirtschaft. Die gleichen Leute, die noch vor wenigen Jahren in einem erbitterten Kampf bestehende Staatsunternehmungen, wie die Deutschen Werke, zu zerschlagen suchten, laufen sich die Hände ab, um den Staat zum Teilhaber zu gewinnen, wenn sie in Kreditnöte geraten oder Aufschüsse finanzieren wollen. Der deutsche Kapitalismus ist längst nach Canossa gegangen; jähneklappernd in härenem Gewande steht er heute im Schloßhof und friert.“

Büchtlernen fällt der Beitrag leicht!

Für die Woche vom 31. August bis 6. September ist der 36. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

Berufliche Fortbildung der Hamburger Maurer. Strebamen Hamburger Maurern ist Gelegenheit geboten, sich in ihren freien Stunden beruflich weiterzubilden durch die an der Siemens-Gewerbe-Lehranstalt, Hamburg, Stein-damm 81, bestehenden technischen Abendkurse, die es ermöglichen, ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit sich in Theorie, Veranschlagungen und Entwürfen auszubilden. In der Abtheilung Hochbau wird unterrichtet über Mauer-konstruktionen, Gewölbebau, Entwerfen von Stagen-häusern, Geschäfts-, Beamten- und Einfamilienhäusern, öffentlichen Gebäuden, über Veranschlagungen und Bau-führung, Eisenbetonbau usw. Der Unterricht ist viermal wöchentlich abends. Er besteht aus Vorträgen und Kon-struktionsübungen, in denen Entwürfe in der von der Praxis geforderten Art angefertigt werden, und wird von Architekten, Ingenieuren und Landmessern erteilt, die Hoch-schulbildung, langjährige Praxis und Berufserfahrung haben. Das neue Unterrichtshalbjahr beginnt Mitte Oktober. Programme und Auskunft täglich abends von 6 bis 8 Uhr in der Lehranstalt, Stein-damm 81. In An-betracht der hohen Bedeutung, die eine theoretische und zeichnerische Ausbildung im Verein mit praktischer Er-fahrung für das Berufsleben hat, sei auf die Lehranstalt besonders hingewiesen.

Was man von der Volksfürsorge wissen muß. Die Zahlungen bei Sterbefällen, das eigentliche Risiko der Gesellschaft, könnte sie selbstverständlich nicht leisten, wenn hierfür nicht die nötigen Deckungsmittel vorhanden wären. Die Deckungsmittel können natürlich nur aufgebracht werden durch die Gesamtheit der Versicherten selbst, die, versicherungstechnisch betrachtet, insgesamt genau

soviel einzuzahlen haben, als der Gesellschaft Gesamt-verpflichtungen erwachsen. Der Grundsatz „Einer für alle und alle für einen“ findet im Versicherungswesen seine praktische Erfüllung. Die Tarifprämie, der monatlich oder vierteljährlich zu zahlende feste Beitrag, ist in erster Linie nach der so-genannten Sterbetafel, die auf der statistisch erfassten tat-sächlichen Sterblichkeit beruht, berechnet. In dieser Tarif-prämie ist somit neben der eigentlichen Sparprämie, die mit Zins und Zinseszins für die Auszahlung der Versicherungs-summe im Erlebensfall aufgespart wird, die Risikoprämie, die zur Regulierung von Sterbefällen bestimmt ist, enthalten. Außerdem enthält die Tarifprämie den Auf-schlag für Verwaltungskosten. Wenn durch die Zusammen-fassung dieser kurz skizzierten Faktoren die Summe der Tarifprämien höher ist als die Verpflichtungen der Gesell-schaft (Gesamtheit der Versicherungssummen), so wird der Ausgleich dadurch bewirkt, daß die Versicherten im Ver-hältnis zu ihren Prämienzahlungen an den Ueberflüssen der Gesellschaft Anteil haben. Rund 20 Millionen Reichs-mark machen bereits die den Versicherten der Volksfür-sorge zustehenden Gewinnanteile und Zinsen aus.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

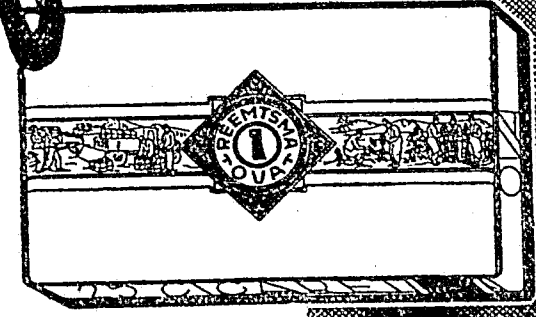
Ergebnis der Abgeordnetenwahlen zu den Verbands-tagungen. Im Bezirksverband Köln ist als Abgeordneter zum Verbandstag der Isolierer nicht Heinrich Brandt, Düsseldorf, gewählt, sondern Heinrich Mollgen, Köln-Kalk. — Bei der Bekanntgabe der Ergebnisse in der vorigen Num-mer des „Grundstein“ ist bei der Gruppe der Erd- und Straßenarbeiter, Bezirksverband Hamburg, richtiggestellt, daß als Stellvertreter des Abgeordneten Wilhelm Lehmann der Kollege Johannes Petersen und als Stellvertreter des Abgeordneten Fritz Abig der Kollege Heinrich Brumm gewählt worden ist.

Verlorengegangen ist die Reisekarte Nr. 2397 des Kol-legen Albert Wagner, geboren am 6. August 1909 zu Grabis, eingetrofen am 5. März 1927 zu Regensburg.

Vom 22. bis 27. August haben folgende Baugewerk-schaften Gelder an die Hauptkasse gefandt: Ufcherleben 400, Aue 300, Aachen 800, Bries 1000, Bernburg, 200, Berlin 15000, Breslau 25000, Bamberg 1000, Bockwitz 200, Celle 600, Corbach 500, Doberan 300, Drochtersen 80, Darn-stadt 1000, Dessau 500, Delmenhorst 1500, Danzig 5000, Eisenach 500, Erding 100, Eschwege 300, Erfurt 1000, Essen 5000, Freising 365, Frankenhäusen 245, Forst 1000, Fran-kenstein 500, Fulda 400, Fürstenwalde 1000, Freiberg 700, Frankfurt a. M. 4500, Glauchau 1500, Garz o/R. 100, Grimma 600, Glogau 800, Görlitz 1000, Gießen 500, Grün-berg 1000, Genthin 350, Greifswald 350, Großhüden 200, Gadebusch 150, Hamburg 20000, Hann.-Münden 1000, Gademeln 1000, Heilbronn 11,70, Herford 1000, Helmstedt 1000, Hof 5000, Hildesheim 1200, Heinrichswalde 200, Hirschberg 2000, Ilmenau 330, Jüterbog 1000, Jahnitz 120, Köthen 400, Kröpelin 200, Kulmbach 500, Kassel 1500, Kö-slin 1000, Kempten 250, Kiel 6000, Landsberg a. d. W. 850, Ludwigslust 300, Lychn 200, Limburg 1800, Lütz 300, Lauenburg, E. 300, Leipzig 20000, Laage 63, Magdeburg 796,80, Minden 2400, Marienwerder 500, Rowawes 1050, Neumarkt 250, Nossenfinerhütte 200, Nordhausen 900, Neubrandenburg 600, Naugard 120,20, Neumünster 1500, Ohlau 400, Oldenburg i. Holst. 400, Osterode 300, Oels 1000, Plau 150, Pirna 3000, Peine 1500, Prenzlau 600, Penzlin 80, Reichenbach i. Culenb. 1500, Ribnitz 500, Rothenburg a. d. E. 200, Regensburg 1350, Röbel 11,40, Raßburg 200, Stavenhagen 230, Straßburg 200, Stutt-gart 10000, Schweidnitz 1000, Schleswig 500, Straßund 400, Schleiz 200, Schönberg 300, Schneidemühl 900, Sonne-berg 300, Schweinfurt 1000, Sternberg i. M. 120, Tilsit 1000, Traunstein 150, Teterow 300, Tribsee 200, Ucker-münde 250, Ullar 300, Weißenfels 400, Winsen, E. 250, Würzburg 500, Weidheim 450, Wismar 400, Walsrode 220, Wolgast 180, Welsenberg 150, Winsen, N. 230, Wiesbaden 3000, Weisenburg 300, Zittau 500, Zwickau 1500, Zwiesel 100.

Grüßen!

Sofort nach Verlassen der Ciga-
rettenmaschinen werden die Ciga-
retten von unseren gewissenhaften
OVA-MÄDCHEN
sorgfältig geprüft.



Jede Cigarette muß drei solcher Prüfstellen
durchlaufen. Dadurch wird die bestmögliche
Sicherheit dafür geschaffen, daß nur gleichmä-
sig gute Erzeugnisse an den Raucher gelangen.

REEMTSMA CIGARETTEN

OVA

Neuer Format
5 Pf.



